- Abkommen zwischen Israel und PLO
- Zu Bischofferode
- Bergbau
- Wahlen in Hamburg
- Beilage: Rechtsradikale Wahlwerbung

Arbeiterpolitik

34. Jahrgang
Nummer 4
31. Oktober 1993
DM 3,–

INFORMATIONSBRIEF DER GRUPPE ARBEITERPOLITIK

Somalia:

Truppenübungsplatz der neuen Weltordnung

Somalia, mit einem Pro-Kopf-Einkommen von 120 Dollar eines der ärmsten Länder der Welt, hat ungefähr die Größe von Texas. Es leben dort heute sieben bis acht Millionen **Menschen, mehr als doppelt so viele wie noch 1970. Somalia** – der Name des Landes weist bereits auf sein wesentliches Charakteristikum hin: »Soo-maal« bedeutet nämlich: Gehe und melke. Die Somalis sind traditionell ein nomadisierendes Hirtenvolk. Über den aktuellen Anteil der Nomaden an der Gesamtbevölkerung gibt es zwar unterschiedliche Angaben, er dürfte aber immer noch bei mindestens 50%, wahrscheinlich sogar bei 60% – 70% liegen. Denn obwohl ein zunehmender Teil der Bevölkerung in den letzten Jahren zu sogenannten Halbnomaden wurde, die zeitweise Ackerbau betreiben oder sonstigen Tätigkeiten in den Städten nachgehen, gibt es für die Mehrheit der Somalis aufgrund der klimatischen und geographischen Gegebenheiten des Landes immer noch keine Alternative zum Nomadendasein.

Das große Gewicht der umherwandernden Hirten hat in Hinblick auf die innenpolitische Situation eine gravierende Konsequenz. Es ist in einem hohen Maße für die starken Rivalitäten zwischen den einzelnen Clans verantwortlich. Denn im Unterschied zu den 45 anderen Ländern in Afrika, die aufgrund der Grenzziehungen der Kolonialmächte immer mehrere Völker in ihren Grenzen beherbergen, fehlt den dort typischen Streitigkeiten zwischen verschiedenen Völkern in Somalia der Boden. Hier existiert – einzigartig auf dem gesamten Kontinent – praktisch nur ein Volk, das der Somali, die 98,3% der Bevölkerung ausmachen. Neben ihnen gibt es nur noch ca. 100.000 Bantu, 30.000 Araber sowie einige andere – z.B. europäische – Kleinstminderheiten. Fast die ganze Bevölkerung hat daher eine gemeinsame Geschichte und Kultur.

Trotz dieser sich auch in einer gemeinsamen Sprache und Religion (99,8% sunnitische Moslems) ausdrückenden Homogenität ist das somalische Volk durch Clangegensätze zutiefst zersplittert. Es gibt zwei große Stammesfamilien: die Samaale, zumeist Nomaden, die die Mehrheit stellen, und die Sab, die seßhaft sind. Die Samaale gliedern sich in vier Hauptclans: Darod, Hawiye, Dir sowie Isaak. Die Sab haben sich nur in zwei Clans gespalten: Digil und Rahanwein. Ihre Größe behinderte aber die ökonomische und so-

ziale Handlungsfähigkeit, so daß sie sich in der Praxis weiter in Sub-Clans, die aber immer noch bis zu 100.000 Personen umfassen können, bis herunter zu den Blutzollverbänden aufgespalten haben, zu deren sich über die männliche Erbfolge definierenden Verbänden dann nur noch 100 bis äußerstenfalls 1000 Krieger gehören. Die Loyalitätshierarchie drückt sich in dem folgenden somalischen Sprichwort aus: »Ich und Somalia gegen die Welt; ich und mein Clan gegen Somalia; ich und meine Familie gegen den Clan; ich und mein Bruder gegen die Familie; ich gegen meinen Bruder.« Die kargen Wüstenbedingungen ermöglichten traditionell nur kleinen, autarken Verbänden ein Überleben, wodurch diese Gruppen gleichzeitig fest zusammengeschweißt wurden. Deshalb spielt die Blutrache, die Verteidigung des eigenen Lebensraumes gegen ein anderes Kollektiv, bis heute eine so große Rolle.

Der somalische Bürgerkrieg

Bereits zu Beginn seiner Regentschaft 1969 hatte der frühere Regierungschef Siad Barre die Losung ausgegeben: »*Es gibt keine Clans mehr, wir sind jetzt alle Somalis.*« Das war damals ein notwendiges Element für eine Modernisierung des Landes. Nach der Niederlage im Ogaden-Krieg gegen Äthiopien 1977 und im Zuge der damit verbundenen Schwierigkeiten änderte Barre seine Politik jedoch radikal. Die Regierungspolitik richtete sich nun nicht mehr gegen das Clan-Wesen, sondern verschärfte die Clan-Differenzen gemäß der »Teile und Herrsche«-Strategie, um so den wirtschaftlichen und politischen Problemen entgegenzuwirken.

Die Folge war die Herausbildung von verschiedenen auf Clan-Basis operierenden Befreiungsbewegungen. Bereits 1981 hatte sich im Norden, im ehemaligen Britisch-Somaliland, die Somalische National-Bewegung (SNM) der Isaaks gebildet, die nationale Unabhängigkeit anstrebte. Der Kleinkrieg gegen sie verschlechterte zusätzlich die Finanzsituation des Staates. Wendepunkt für die neuere somalische Geschichte war aber erst der 3.4.1988. An diesem Tag nämlich unterzeichneten Somalia und Äthiopien ein Abkommen, in dem sie vereinbarten, in Zukunft die Oppositionsgruppen des jeweils anderen Landes nicht mehr zu unterstützen. Anstatt jedoch, wie erhofft, dem politischen Gegner das Wasser abgraben zu können, führte gerade das Abkommen zu einem schnellen Anstieg der regierungsfeindlichen Aktivitäten. Denn die Opposition tat nun alles, um ihre Stellungen zu befestigen und auszubauen, bevor die Regierung Nutzen aus dem Abkommen ziehen konnte. Zudem wuchs der Widerstand bei den Ogadenis, die es nicht hinnehmen wollten, ihrem Schicksal überlassen zu werden.

Damit begann die erste Phase des bis heute andauernden Bürgerkrieges. Anfang 1989 gründeten sich innerhalb kürzester Zeit verschiedene Oppositionsgruppierungen. Größere Bedeutung erlangte neben der SNM im Norden und der Somalischen Patriotischen Bewegung (SPM) der Ogadenis vor allem der Vereinigte Somalische Kongress (USC) des Hawiye-Clans in Zentralsomalia, weil er als einziger gesamtnationale Interessen vertrat. Die beiden Führungsfiguren des USC waren Ali Mahdi und Mohamed Farah Aidid, die beiden Männer also, zwischen deren Gruppierungen heute der Machtkampf tobt.

Die Auseinandersetzung zwischen der Regierung und den verschiedenen Oppositionsgruppen nahm einen relativ schnellen Verlauf. Bereits im Laufe des Jahres 1990 wurden die Regierungstruppen immer weiter auf Mogadischu zurückgetrieben, und im Januar 1991, nachdem in den Endkämpfen noch einmal 50.000 Menschen ihr Leben verloren haben sollen, mußte Siad Barre endgültig aus Somalia fliehen.

Damit begann die zweite Phase des Bürgerkrieges. Die SNM im Norden widersetzte sich den Zentralisierungsbestrebungen der USC-Führung. Am 17.5.1991 erklärte sie die Unabhängigkeit der Republik Somaliland, deren Territorium mit dem des früheren Britischen Somaliland identisch ist. Dies wird von der SNM betont, denn sie weiß, daß es ein zentrales Element der Politik der Organisation Afrikanischer Staaten (OAS) ist, einmal gezogene Grenzen beizubehalten. Der SNM half diese Begründung allerdings nicht. Denn bis heute ist sie von keinem Staat anerkannt. Im Innern konnte sie sich anfangs auf die Bevölkerung stützen. Die Verschlechterung der allgemeinen Situation und die Unfähigkeit der SNM, daran etwas zu ändern – faktisch gelang es nicht einmal, Ansätze von staatlichen Strukturen aufzubauen –, hat das inzwischen aber gründlich geändert.

Im Süden wehrten sich die Ogadeni gegen die Vormacht der Hawiye-USC. Anders als der SNM orientierten sie sich aber nicht auf die Abspaltung, sondern beteiligten sich an

Nachtrag zur Arbeiterpolitik 3/93:

In der Beilage »Georg Stockmann, 16.9.1914 – 2.7.1993« vom 9.7.93 zur vorigen Ausgabe der »Arbeiterpolitik« hatten wir auszugsweise die Ansprachen der Trauerfeier wiedergegeben. Dabei blieb unerwähnt: »*Georg Stockmann verließ die KPD und fand bald in der 'Arbeiterpolitik', später in der 'Arbeiterstimme', geprägt von Brandler und Thalheimer, seine neue politische Heimat.*«

Die Redaktion ■

In nachstehenden Buchhandlungen werden die »Informationsbriefe« und weitere Broschüren der GFSA angeboten: ● **Berlin-Ost:** »Der kleine Buchladen«, Weydinger Str. 14-16 ● **Berlin-West:** »Bücherstube Marga Schoeller«, Knesebeckstr. 33 ● **Bielefeld:** »Eulenspiegel« Buchladen, Hagenbruchstr. 9 ● **Bonn:** »Buchladen 46«, Kaiserstr. 46 ● **Bremen:** »Buchladen in der Neustadt«, Lahnstr. 65b ● **Frankfurt/Main:** »Frankfurter Fachbuchhandlung« M. Kohler, Roßmarkt 10 ● **Gießen:** Buchhandlung »Kleine Freiheit«, Bismarckstraße ● **Göttingen:** Buchhandlung »Rote Straße«, Rote Straße 10 ● **Halle:** Infoladen »Verein Kellnerstraße e.V.«, Kellnerstr. 10a ● **Hamburg:** Heinrich-Heine-Buchhandlung, Schlüterstraße 1 / »Schwarzmarkt«, Kleiner Schäferkamp 46 / Buchhandlung »Nautilus«, Friedensallee 7-9 (Zeisehallen) / Buchhandlung »Schulterblatt«, Schulterblatt / Buchhandlung »Osterstraße«, Osterstraße ● **Hanau:** Bücherstube »Dausien«, Am Freiheitsplatz 6 ● **Kiel:** »Zapata« Buchladen, Jungfernstieg 27 ● **Lüneburg:** »F.Delbanco«, Bessemerstr. 3 ● **Mönchengladbach:** »prolibri« Buchladen, Regentenstr. 120 ● **Siegen:** Buchhandlung »Bücherkiste«, Bismarckstr. 3

INHALT

Somalia: Truppenübungsplatz der neuen Weltordnung 1
Das Abkommen zwischen Israel und der PLO 9

Zur Diskussion:

... über den Krieg in Jugoslawien 10

Korrespondenzen:

Interview mit Betriebsräten vom Kalibergwerk Bischofferode 11
Ruhrgebiet: Kumpel sollen zur Geisel der Atompolitik werden 13
Hamburg-Wahlen: Desaster für die Bonner Demokratie 15

Dieser Zeitung ist eine gemeinsame Beilage von »Arbeiterpolitik« und »Antifa-Info« beigeheftet.

Arbeiterpolitik
INFORMATIONSBRIEFE DER GRUPPE ARBEITERPOLITIK

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: F. Lübbe · Herstellung und Vertrieb: GFSA – Gesellschaft zur Förderung des Studiums der Arbeiterbewegung e.V., Postfach 15 02 47, 2800 Bremen 15
Postscheck Hamburg 410077-205, BLZ 200100 20

der Nationalen Versöhnungskonferenz am 22.7.1991 in Djibouti, an der alle Oppositionskräfte mit Ausnahme derer im Norden teilnahmen – auch Aidid, der in seiner Funktion als Oberbefehlshaber der USC-Truppen die fliehenden Barre-Truppen im Südwesten verfolgte, dem Clan-Gebiet, aus dem Barre stammte (Darood). Angeblich war er schon zu diesem Zeitpunkt nicht davon begeistert, daß Mahdi sich währenddessen zum Interimspräsidenten aufgeschwungen hatte. Genau diese Position wurde aber Mahdi für die Dauer von zwei Jahren auf der Versöhnungskonferenz zugesprochen – unter der Voraussetzung allerdings, alle Anti-Barre-Kräfte an der Regierung zu beteiligen. Aidid wurde bei der Regierungsbildung umgangen.

Damit begann die dritte Phase des Bürgerkrieges, der Konflikt zwischen den beiden Kontrahenten Aidid und Mahdi. Beide gehören dem Hawiye-Clan an, aber verschiedenen Untergruppierungen, Mahdi den Abgal in Mogadischu, und Aidid den Haber-Gedir. Im Gefolge der ausbrechenden Kämpfe zerfiel das Land in 12 bis 15 Clan-Zonen. Wenn man die – wenn auch oft brüchigen – Koalitionen berücksichtigt, bestand das Land schließlich aus vier Zonen: Im Norden, im Somaliland, gab es zwar Auseinandersetzungen, es blieb aber vergleichsweise ruhig. Im Südwesten, ursprünglich nur in den nördlichen Teilgebieten, inzwischen aber in einem großen Teil des Gebietes westlich der Linie Baradera/Kisimajo, hielten Barre-treue Truppen unter dessen Schwiegersohn General Morgan aus. Die schwersten Kämpfe fanden in der Zentralregion statt, wobei Aidid sich auf den westlichen, Mahdi auf den östlichen Teil stützen konnte. Nach und nach eroberte Aidid jedoch zwei Drittel dieses Gebietes. Unter tatsächlicher Kontrolle Mahdis standen schließlich nur noch der Norden Mogadischus und ein 100 km-langer und 30 km-breiter Streifen nordöstlich von Mogadischu.

Das Eingreifen der UN in den Bürgerkrieg

So war die Situation, als die US-/UN-Truppen am 9.12.92 an der Küste vor Mogadischu landeten, wobei sowohl die Aidid- wie die Mahdi-Gruppierungen vorher klargemacht hatten, daß sie das akzeptieren würden – nach dem Motto: »Wenn du sie nicht schlagen kannst, vereinige dich mit ihnen«. Aidid tat sich dabei besonders hervor. Seine Strategie setzte darauf, daß die US-Militärs sich aus internen Auseinandersetzungen heraushalten, vor allem keine der Milizen entwaffnen und sich möglichst bald wieder zurückziehen sollten. Die UN sahen dagegen von vornherein ein längerfristigeres und intensiveres Engagement voraus. Während Aidid sich deshalb lange Zeit US-freundlich verhielt, organisierte er bereits am 3. Januar, als UN-Generalsekretär Boutros-Ghali Mogadischu besuchte, eine Anti-UN-Demonstration. Mahdi blieb in dieser Hinsicht zurückhaltend.

Ende Februar wandte sich Aidid jedoch von den USA ab. Grund für diese Änderung des Verhaltens war die Einnahme von Kismaju. Am 22.2.93 eroberte nämlich der Barre-General Morgan die Hafenstadt Kismaju, die bis dahin von einem Oberst, der mit Aidid verbündet war, gehalten worden war. Belgische und US-Truppen, die in Kismaju waren, akzeptierten diese Machtveränderung. Aidid organisierte daraufhin am 24.2. die Demonstration vor der US-Botschaft, bei der mindestens 9 Somalis getötet wurden.

Am 26. März beschloß der UN-Sicherheitsrat die Resolution 814, die die Stationierung von UN-Truppen (UNOSOM-II) ab dem 1.5.93 vorsah. Unter diesen Begleitumständen ging am 28. März die Versöhnungskonferenz in Addis Abeba zu Ende, die eine Entwaffnung der Milizen sowie die Bildung eines Nationalen Übergangsrates beschloß. Das Ganze geschah unter Aufsicht der UN, die plangemäß dann auch die erste Streitmacht, die unter US-Kommando stand und im wesentlichen von den USA gestellt wurde, im Mai ablösten. Innerhalb kürzester Zeit zeigte sich, daß die UN geneigt waren, wesentlich rigider als die USA durchzugreifen, was sich zwangsläufig vor allem gegen die stärkste Gruppierung, also die Truppen von General Aidid, richten mußte. Die Folge dieses verschärften Vorgehens war die Eskalation der letzten Monate, beginnend mit den tödlichen Auseinandersetzungen zwischen Anhängern Aidids und den pakistanischen UN-Truppen in Mogadischu bis hin zu den verschiedenen Versuchen vor allem der US-Truppen, den von der UN steckbrieflich gesuchten General Aidid zu finden und zu verhaften.

Hunger – ein vorgeschobenes Argument für den UN-Einsatz

Für den Somalia-Einsatz müssen in der westlichen Öffentlichkeit zwei Begründungen herhalten:

1. die Hungersnot im Land und
2. die Plünderungen der Hilfslieferungen.

So hatte es im Vorfeld des UN-Beschlusses 794 vom 3.12.92 geheißen, 70 bis 80% der Hilfsgüter würden beim Transport geraubt und nur einige wenige Prozent der aufgebrachten Gelder könnten tatsächlich für Lebensmittel ausgegeben werden, weil der größte Teil für den Abwurf der Hilfsgüter mit Militärmaschinen über Land, für den militärischen Schutz in Mogadischu oder für Schutzgelder ausgegeben werden müsse. Das Internationale Rote Kreuz hat dieser Darstellung inzwischen widersprochen. Nach seinen Angaben sind Verluste in Höhe von 10%, schlimmstenfalls von 30% zu beklagen. Da das Rote Kreuz für zwei Drittel aller Lebensmittellieferungen verantwortlich zeichnet, müßten bei dem restlichen Drittel mehr Hilfsgüter gestohlen worden sein – will man rechnerisch auf die UN-Zahlen kommen -, als die Lieferanten selbst angeben, geliefert zu haben.

Auch das Argument der Hungersnot muß relativiert werden. Zweifellos gab es in weiten Teilen Somalias im letzten Jahr eine Hungersnot, die Angaben über ihren Umfang sind jedoch zu einem erheblichen Teil auch politische Propaganda, mit der das Eingreifen des Westens in der Öffentlichkeit vorbereitet wurde. Denn Zahlen, nach denen 95% der Bevölkerung vom Hungertod bedroht waren, treffen allenfalls auf einzelne, vom Bürgerkrieg besonders betroffene Gebiete zu. Die Mitarbeiter des Technischen Hilfswerkes waren, als sie an ihrem Einsatzort Bosaso im Nordosten eintrafen, denn auch überrascht darüber, wie wenig diese Region vom Hunger berührt war. Ähnliches gilt für die Marines in Mogadischu, die eine zerstörte, darbende Stadt erwartet hatten und eine Basar-Stadt vorfanden.

Aber auch das ist erst die halbe Wahrheit. Der UN-Sonderbeauftragte Mohamed Sahnoun, ein Algerier, der nach schweren Auseinandersetzungen mit der UN-Bürokratie im Oktober des letzten Jahres zurücktrat, weil seiner Meinung nach die UN falsch und zu spät geholfen hatten, hatte bereits im Herbst erklärt, daß keine weiteren Lebensmittelimporte mehr nötig seien. Das heißt mit anderen Worten, daß zu dem Zeitpunkt, als die Invasion dann tatsächlich stattfand, der Höhepunkt der Hungersnot längst überschritten war. Starke Regenfälle im Herbst 1992 ließen für das Frühjahr 1993 sogar eine gute Ernte erwarten, die von den Bauern dann auch wirklich eingebracht werden konnte.

Die Bauern wurden in dieser für sie eigentlich günstigen Situation nun aber Opfer der internationalen Nahrungshilfe. Denn sie hatten zwar eine gute Ernte, können diese aufgrund der den Markt überschwemmenden Hilfslieferungen jedoch faktisch nicht verkaufen. Der Spenden-

Die historische Entwicklung Somalias

Die Kolonialisierung Somalias

Im Unterschied zu den anderen Gebieten Afrikas, die über Jahrhunderte hinweg für die Europäer »Unbekanntes Land« waren, gab es zum Großraum »Horn von Afrika« schon recht früh Kontakte, in erster Linie allerdings nach Äthiopien. Denn von einer Verbindung mit einem christlichen Land im Rücken des mohammedanischen Feindes versprach man sich seitens der europäischen Mächte sehr viel. Die eigentliche Somaliküste wurde erst seit Mitte des letzten Jahrhunderts erforscht. Die abweisenden natürlichen Bedingungen sowie die Fremdenfeindlichkeit der Bewohner machten das zunächst jedoch zu einem tödlichen Abenteuer für eine Reihe von westeuropäischen Forschungsreisenden.

Gegen Ende des Jahrhunderts wurde die Region dann allerdings doch unter mehreren Kolonialmächten aufgeteilt. Die Briten setzten sich im heutigen Nordsomalia fest; den Franzosen gelang es noch weiter nördlich, sich das heutige Djibouti anzueignen; die Italiener eroberten die Südküste und als lachendem Vierten im Streit der Europäer gelang den Äthiopiern der Zugriff auf die Ogaden-Region.

Für die Briten hatte ihr Somaliland nur die Funktion einer Metzgerei, eines Fleischversorgers, für den Stützpunkt Aden auf der anderen, östlichen Küstenseite, der im britischen Weltreich einen zentralen Knotenpunkt zwischen Suez und dem indischen Subkontinent darstellte. Die Franzosen ihrerseits hatten zum einen das Interesse, einen Keil in die koloniale Landverbindung der Briten zwischen Kapstadt und Kairo zu treiben, zum anderen brauchten sie, da sie von den Briten aus Ägypten vertrieben worden waren, einen Versorgungsstützpunkt auf dem Weg nach Indochina. Eine geschickte Politik und der Bau einer Eisenbahn brachten es mit sich, daß der Außenhandel des Binnenlandes Äthiopien (bis heute) vornehmlich über den Hafen Djibouti lief, so daß dieses Gebiet im Unterschied zu Britisch-Somaliland einen ökonomischen Aufstieg verzeichnete. Für Italien stellte Somalia eines der wenigen Kolonialgebiete dar, das es aufgrund seiner eigenen wirtschaftlichen, politischen und militärischen Schwäche überhaupt gewinnen konnte. Der geringe Umfang an italienischem Kolonialbesitz hatte für die betroffenen Länder allerdings eine positive Konsequenz. Italien konnte sich auf die wenigen Gebiete konzentrieren und einiges an Finanzen hineinstecken, um sie als Absatzmarkt und Siedlungsgebiet für Italiener auszubauen. Dies ist ein wichtiger Grund dafür, daß der Süden Somalias bis heute weiter entwickelt ist als der Norden.

Die Entwicklung Somalias nach der Kolonialzeit

1960, das Jahr, in dem zwei Drittel der ehemaligen Kolonien in Afrika den Status eines unabhängigen Landes erhielten, brachte auch für Somalia die Entkolonialisierung. Aus Britisch- und Italienisch-Somaliland (letzteres war nach dem II. Weltkrieg ein UN-Treuhandgebiet mit Italien als »Treuhänder«) wurde am 1. Juli 1960 die Republik Somalia.

Bis Ende der 60er Jahre war Somalia ein Verbündeter des Westens. Das änderte sich nach einem Militärputsch unter Siad Barre am 21. 10. 1969. Von da an lehnte sich Somalia eng an das sozialistische Lager an und verhielt sich damit ähnlich wie das Ägypten Nassers oder der Sudan unter Numeiri. Äthiopien unter Haili Selassie stand dagegen weiterhin fest an der Seite der USA und Westeuropas.

Dieses Bündnisgeflecht sollte sich Mitte der 70er Jahre jedoch völlig umkehren. Ursache dafür waren der Sturz Haili Selassis in Äthiopien und der darauf folgende Ogaden – Krieg. Um den Ogaden im Süden Äthiopiens hatte es wie auch um den südlichen Teil des somalischen Siedlungsgebiets, den die Briten Kenia zugeschlagen hatten, schon in der ersten Hälfte der 60er Jahre Kriege gegeben. Zu einer wirklich folgenschweren Auseinandersetzung kam es aber erst 1977. Auslösender Faktor war die Entmachtung des äthiopischen Kaisers 1974. Seine Stelle nahm ein provisorischer Militärrat – die amharische Abkürzung dafür lautet: Derg – ein, der sich auf den Sozialismus hin orientierte. Die Schwäche, die in Äthiopen mit diesen Veränderungen einherging, war für bestimmte Kräfte in Somalia Anlaß, die Auseinandersetzung um den Ogaden zu verschärfen. Weil man der SU, die gute Beziehungen zu beiden Ländern anstrebte, in dieser Situation nicht mehr vertraute, wandte man sich in Somalia wieder stärker dem Westen zu, der hier eine gute Gelegenheit sah, einen Bündnispartner der SU (Somalia) auf seine Seite zu ziehen und einem anderen (Äthiopien) zu schaden. Zum tatsächlichen Bruch Somalias mit der SU kam es aber erst, als Somalia in einem Aggressionsfeldzug im Juli/August 1977 90 % des Ogaden eroberte. Denn obwohl es von Somalia bestritten wurde, handelte es sich dabei nicht um eine Aktion, die vorwiegend von den 15000 Guerilleros der Westsomalischen Befreiungsfront getragen wurde, sondern um eine militärische Auseinandersetzung, deren Rückgrat 35000 reguläre somalische Soldaten bildeten.

In dieser Situation bat die Derg-Führung um die Hilfe des sozialistischen Lagers. Sowjetische Offiziere, die kurz vorher noch auf der somalischen Seite gestanden hatten, wechselten die Fronten. Ihr Wissen (sie brachten die somalischen Generalstabskarten und -pläne mit) sowie mindestens 11000 Mann kubanischer Bodentruppen veränderten die Lage sehr schnell zugunsten Äthiopiens. Somalia erlitt eine vernichtende Niederlage.

Diese Niederlage im Ogaden-Konflikt war der entscheidende Wendepunkt in der Herrschaftsperiode Siad Barres. Denn obwohl er sich noch mehr als ein Jahrzehnt bis 1991 an der Macht halten konnte, begann mit den durch den Sieg Äthiopiens verursachten innen- wie außenpolitischen Veränderungen die Entwicklung, die letztlich in seiner Entmachtung und in dem Bürgerkrieg endete, der Ausgangspunkt für die heutige Situation ist. ■

boom hatte innerhalb kürzester Zeit dazu geführt, daß ein Kilo Reis gerade noch dem Wert einer Zigarette entsprach. Letztlich profitiert deshalb vor allem das westliche Agrobusineß, das seine Überschüsse so doch noch verwerten kann. Zwar gibt es für die bundesdeutsche Entwicklungshilfe inzwischen die Anweisung, die Nahrungsmittel aus – anderen – Dritte-Welt-Ländern zu beziehen, aber die EG hat für ihre Maßnahmen am 22.12.86 ausdrücklich beschlossen, »in der Regel« müsse »auf den Markt der Gemeinschaft« zurückgegriffen werden, weswegen dann 80 bis 85% der Nahrungsmittelspenden der EG aus den Beständen derselben kommen. In den USA sieht es sogar so aus, daß von vornherein nur interne Überschüsse als Spenden vorgesehen sind.

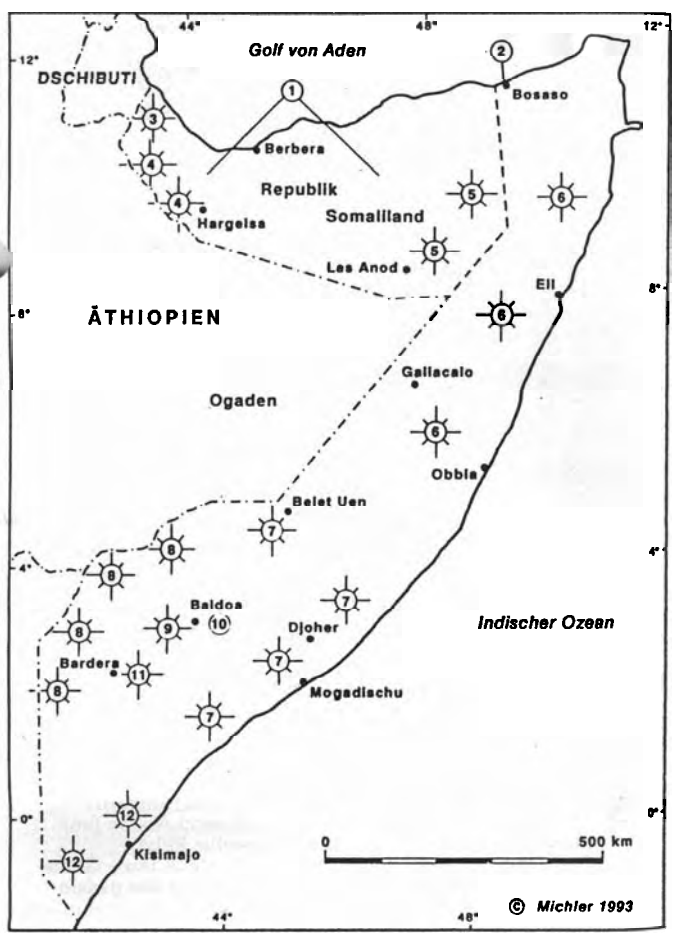
Was sich jetzt in Somalia andeutet, daß nämlich die einheimischen Bauern langfristig durch die westlichen Hilfen vom Markt verdrängt werden, ist ein Charakteristikum dieser Art von Hilfe. Im Endeffekt stehen dann neue Kunden für die westlichen Nahrungsmittelkonzerne bereit. Ein Kritiker dieses Systems formulierte es deshalb besonders drastisch: Die armen Länder sind *»besonders arm, weil wir ihnen besonders 'geholfen' haben«*. Es kommt nicht von ungefähr, daß mindestens hundert Entwicklungsländer abhängig geworden sind von Nahrungsmittelspenden westlicher Steuerzahler. In der Region Mogadischu zeichnet sich bereits jetzt ab, daß die Bauern nicht mehr traditionelle Produkte wie Mais, Reis und Sorghumhirse anbauen, sondern Gemüsesorten, die den Gaumen der vielen Fremden munden. Dafür müssen aber die vorhandenen Bewässerungsanlagen extensiv beansprucht werden, so daß bereits jetzt Probleme absehbar sind.

Darüber hinaus bleibt es nicht dabei, daß die Dritte-Welt-Länder von westlichen Nahrungsmittelimporten abhängig gemacht werden. Diese Art von humanitärer Hilfe führt auch zur Entmündigung. Ein somalischer Arzt beschreibt das so: *»Somalia ist für die Hilfsorganisationen ein wahrgewordener Traum: Sie sind die Regierung. Alles ist frei, sie können machen, was sie wollen. Es gibt keine Verantwortlichkeiten, kein System, kein nationales Gegenüber, niemand, mit dem man sich auseinandersetzen muß. Die Somalis sind nun machtlos. Wir haben keinen Einfluß. Wir haben zu tun mit einer Unmenge Ausländer, die meisten sehr jung. Sie fühlen sich unentbehrlich, verstärkt durch die Schwäche der Somalis. Du bekommst den Eindruck, das ist genau die Situation, die sie sich immer gewünscht haben.«*

Im Grunde liegt das Problem darin, daß diese Art von Hilfe darauf besteht, nur humanitär tätig sein zu wollen. Eine der Standardfloskeln solcher Organisationen lautet zwar inzwischen, daß, wenn man jemandem 1 Pfund Reis gibt, er Nahrung für einen Tag hat, wenn man ihn aber lehrt, Reis anzubauen, er sein Leben lang Nahrung hat. Die Tatsache jedoch, daß die auf dem Weltmarkt herrschenden kapitalistischen Strukturen dafür verantwortlich sind, daß Nahrung knapp wird oder knapp bleibt, muß zwangsläufig verschwiegen werden. Denn dann müßte man den Interessen des Westens entgegenlaufende politische Veränderungen anstreben, statt die üblichen Lebensmittelspenden zu verteilen.

Die wirklichen Hintergründe des UN-Eingreifens in Somalia

Selbst von bürgerlichen Medien wird inzwischen in Zweifel gezogen, ob die angegebenen Gründe für das Eingreifen auch die tatsächlichen sind, nachdem bekannt geworden ist, daß es Öl-Interessen der USA in Somalia gibt. Noch zu Zeiten Siad Barres hatten die US-Ölkonzerne



Somalia: Siedlungsgebiete der Hauptclans und Bürgerkriegsparteien (Ende 1992)

1) **Nordsomalia:** de facto Sezession seit Mai 1991, identisch mit ehemals British-Somaliland, Befreiungskrieg gegen »Mogadischu-Unterdrückung« seit Anfang der 80er Jahre, dominierende Bewegung SNM, Somali National Movement (gegründet 1981), gestützt auf Hauptclan der Isaak, daneben noch drei weitere Bewegungen der Minderheiten-Clans der Region.

2) **Bosaso:** islamisch-fundamentalistische Gruppen, schwere Kämpfe mit der SSDF.

3) USF, United Somali Front des Isaak-Clans (Isaas leben auch in Dschubuti).

4) SDA, Somali Democratic Alliance des Gadabursi-Clans (gegründet 1989), vermutlich mehrheitlich auf Aidid-Seite stehend.

5) USP, United Somali Party des Dolbahante-Clans, zumindest teilweise mit SSDF kooperierend.

6) **Nordostsomalia:** SSDF, Somali Salvation Democratic Front (gegründet 1981), repräsentiert den Mijerteen-Clan, Allianz mit USC-Mahdi-Lager.

7) **Mittleres Somalia/Hauptstadt:** USC, United Somali Congress (gegründet 1989), repräsentiert den Hauptclan der Hawiye, offene Spaltung seit September 1991: Bürgerkrieg zwischen USC-Mahdi-Lager (Hawiye-Subclan der Abgal) und USC-Aidid-Lager (Hawiye-Subclan der Haber Gedir).

8) **Äthiopisch-somalisches Grenzgebiet der Bardera-Region:** SNF, Somali National Front (gegründet 1991), gestützt auf Barres-Clan der Marehan, Krieg gegen Aidid-Lager; im Oktober '92 neue schwere Kämpfe; Eroberung von Bardera durch SNF, vorübergehender Zusammenbruch aller Hilfsaktionen in dieser Großregion.

9) **Baidoa/Zentral-Somalia:** SDM, Somali Democratic Movement (gegründet 1989?), repräsentiert Rahanwein-Clan, gespalten in Pro-Aidid- und Pro-Mahdi-Fraktion.

10) **Baidoa-Region:** von Hungersnot am schlimmsten betroffene Region.

11) **Bardera:** Sitz und neues Machtzentrum Aidids (während der Sommermonate 1992).

12) **Kisimajo/Südsomalia:** SPM, Somali Patriotic Movement (gegründet 1989), repräsentiert den Clan der Ogadeni, gespalten in Pro-Aidid- und Pro-Mahdi-Fraktion.

Amoco, Chevron, Conoco und Phillips Konzessionen für Gebiete erworben, die zwei Drittel des somalischen Bodens umfaßten. Um diese Rechte auszuwerten, waren Investitionen in Höhe von mehreren Millionen Dollar getätigt worden. Bei ihrem Vorgehen stützten sich die Konzerne auf eigene Studien, insbesondere aus den 80er Jahren, die ihnen günstige Perspektiven verhießen. Bestätigt wurde das durch eine Weltbank-Studie vom Anfang der 90er Jahre, die die Öl-Perspektive von acht afrikanischen Ländern untersuchte. Sudan und Somalia befanden sich an der Spitze der aussichtsreichen Kandidaten.

Eine besondere Rolle spielt in diesem Zusammenhang der Conoco-Konzern, der bereits seit den 50er Jahren eine Niederlassung in Somalia hat. Als einziger der vier oben genannten Konzerne hatte er auch während des gesamten Bürgerkrieges in Somalia ausgeharrt. Dank einer geschickten, vor allem finanzkräftigen, Politik ist es ihm gelungen, die Conoco-Anlagen über die Wirren und wechselnden Koalitionen des Bürgerkrieges hinwegzuretten. Das Verhalten des örtlichen Managements in dieser Zeit wird mit dem der Cosa Nostra verglichen. In der Invasionsphase wurde das Conoco-Hauptquartier faktisch zur Befehlszentrale der US-Militärs. Der Brigadegeneral der US-Marines, Frank Libutti, bestätigte später dem Conoco-Manager Raymond Marc: »*Ohne Raymonds mutigen Beitrag und seinen selbstlosen Einsatz wäre die Operation fehlgeschlagen.*«

Die ökonomische Situation Somalias

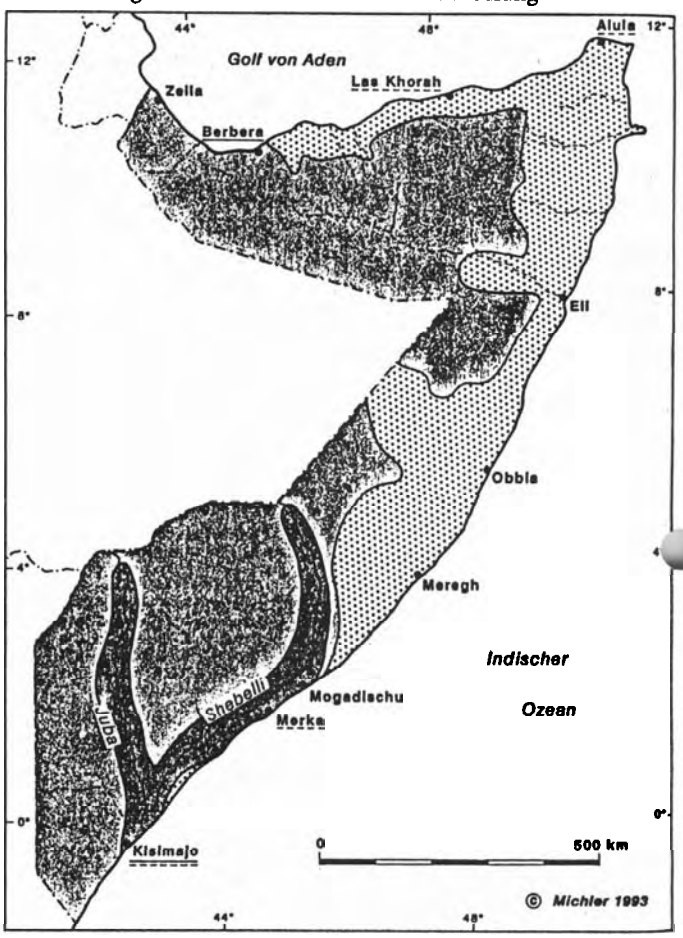
Nachdem die USA 1980 vertraglich den Zugriff auf den strategisch wichtigen Hafen Berbara abgesichert hatten, pumpten sie im Laufe des nächsten Jahrzehnts 900 Mill. Dollar in das Land. Pro Kopf umgerechnet erhielt Somalia aus dem Westen die höchste Kapitalhilfe, die ein afrikanisches Land in dieser Zeit erhielt. Gleichzeitig stieg die Auslandsverschuldung schlagartig. 1990 belief sie sich auf über 2 Mrd. Dollar, was mehr als 276% des Bruttosozialprodukts entsprach. Die Schuldendienstquote, die das Verhältnis von Tilgung und Zinsen zu den Exporten angibt, stieg dementsprechend. Während sie 1980 noch bei 4,9% lag, also weit unter dem Durchschnitt der Entwicklungsländer (ca. 17%) oder der Länder südlich der Sahara (ca. 9%), lag sie 1989 mit 34% schon deutlich über der Quote der Entwicklungsländer und der Länder südlich der Sahara. Nur die 15 am höchsten verschuldeten Entwicklungsländer wiesen zu diesem Zeitpunkt einen noch höheren Schuldendienst auf. Während Somalias Verschuldung in den 70er Jahren also noch unterdurchschnittlich war, näherte es sich in den 80er Jahren den höchstverschuldeten Ländern der Welt in raschem Tempo an.

Die Riesensummen, die in den 80ern in das Land flossen, wurden aber nicht zur wirtschaftlichen Entwicklung genutzt, sondern versickerten in allen möglichen Kanälen. Die Bedeutung der Industrie, die ohnehin traditionell keinen großen Stellenwert hatte, nahm in den letzten Jahren sogar ab, ihr prozentualer Anteil am Bruttoinlandprodukt ging zurück:

	1970	1975	1980	1985	1990
Landwirtschaft	59,7	54,2	68,4	66,7	65,4
Industrie	15,9	12,5	8,4	7,7	8,7
(davon: verarb. Gewerbe	9,3	5,6	4,7	5,0	4,6)
Dienstleistungen	24,7	33,3	23,6	25,6	25,8

Bedrückender als die faktische Deindustrialisierung war für die somalische Wirtschaft aber die Entwicklung in der alles beherrschenden Landwirtschaft und dort vor allem die im Viehexport, der mit 56,7% auch heute noch den Hauptanteil der Ausfuhren ausmacht. Traditionell ist Somalia der Fleischlieferant der arabischen Halbinsel im allgemeinen und der Mekkapilger im besonderen. Ölboom und wachsender Lebensstandard sowie die Islamisierung hatten deshalb den somalischen Viehexport begünstigt. Zwischen 1960 und 1978 stiegen die Viehpreise um 500 bis 600 Prozent. In den 80er Jahren wurden die Geschäfte aber deutlich schlechter. Der Viehhandel hatte sich internationalisiert, und Gefrierfleisch errang einen höheren Marktanteil. Die Somalis versuchten, die zurückgehenden Preise durch höhere Stückzahlen aufzufangen. Dabei stießen sie aber an Grenzen. Der karge Boden ließ eine schrankenlose Ausweitung der Beweidung nicht zu. Die dennoch vollzogene Überweidung rächte sich in Form ökologischer Katastrophen.

Somalia – Vegetation und landwirtschaftliche Nutzung



Wüsten- und Halbwüstengebiete sowie Steppen: Hirtennomaden, ausgedehnte Weidewirtschaft (Kamele, Rinder, Ziegen und Schafe)

Offene Busch- und Baumsavanne, gemischte Weide- und Feldwirtschaft (Mais, Maniok, Hirse)

Flußtäler des Juba und Shebelli: Bewässerungswirtschaft, seßhafter Ackerbau und cash-crop-Anbau (vor allem Bananen, Zuckerrohr, Baumwolle, Reis)
Das Potential dieses – relativ dicht besiedelten – Gebietes allein wäre ausreichend zur Ernährung des gesamten Landes.

Inzwischen sind auch andere US-amerikanische Rohstoffirmen tätig geworden, um das Terrain zu sondieren. Die Franzosen haben gleich zu Beginn – ohne allerdings die UN darüber zu informieren – einen 30-Mann-Trupp ausschwärmen lassen, der im gleichen Sinne tätig werden soll. Obwohl die Aussichten auf Ölfunde bei den Überlegungen, die schließlich zur Invasion führten, sicherlich eine Rolle gespielt haben, besaßen sie dennoch keine zentrale Bedeutung. Dazu ist das Mißverhältnis zwischen den aufgewandten Kosten und eventuellen zukünftigen Gewinnen einfach zu groß.

In einem weniger unmittelbaren Sinn hat das Öl allerdings schon eine große Bedeutung für den Einsatz der UN-Truppen in Somalia gehabt. Zum einen führen alle Transportwege aus dem persischen Golf an Somalia vorbei. Die Ölversorgung des Westens ist zu einem großen Teil von der Sicherheit dieser Transportwege abhängig. Zum anderen beinhaltet die Kontrolle Somalias, daß der Westen einen Stützpunkt gegen die im ganzen Nahen Osten stattfindende Ausbreitung des islamischen Fundamentalismus, d. h. gegen die drohende soziale Revolution in diesen Ländern hat. Somalia besitzt also in doppelter Hinsicht eine erhebliche strategische Bedeutung. Zwar ist diese Bedeutung seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion gesunken – so entzogen die USA Siad Barre ihren Schutz in dem Augenblick, als sie nicht mehr so stark auf den Stützpunkt Berbara angewiesen waren -, sie ist angesichts der explosiven Lage am Golf aber immer noch groß. So heißt es in der US-Militärzeitschrift »Navy Times« am 14.12.92: »*Obwohl die Bush-Administration sie als rein humanitär beschreibt, dient die Intervention in Somalia strategischen und politischen Interessen der USA in Afrika und dem Mittleren Osten ... Wer immer Somalia kontrolliert, kontrolliert den südlichen Eingang zum Roten Meer und damit den Suez-Kanal.*« Eine solche US-Kontrolle sei nötig, weil es »*Anzeichen gibt, daß der Iran daran interessiert sein könnte, Somalia in seine Einflußsphäre einzubinden*«.

Wichtiger noch als diese Überlegungen war aber ein anderer Punkt. Es ging den USA und ihren westlichen Verbündeten beim Eingreifen in Somalia darum, vorzuexerzieren, wie sie sich die zukünftige Struktur der Weltpolitik und die Mechanismen zur Lösung von Konflikten vorstellen. Nicht von ungefähr erinnert das »Wall Street Journal« am 7.12.1992 in diesem Zusammenhang an britische Kolonialkriegsvergangenheit, indem es titelt: »*Bringt Lord Kitchener zurück.*« In dem konservativen US-Nachrichtenmagazin »National Review« vom 14.12.92 heißt es: »*Gesucht wird: ein neuer Imperialismus.*« Weiter heißt es dann, der »*Glaube, daß alle Völker für die Unabhängigkeit reif sind, hat sich – nach unkalkulierbaren Kosten menschlicher Not – als Illusion erwiesen*«. Deshalb wird gefordert: »*Der Sicherheitsrat ... muß zur letzten, aber altruistischer und positiver, der imperialen Mächte werden, um so dem Wort Kolonialismus wieder den guten Klang zu geben, den es einstmals besaß*«. Vor diesem Hintergrund muß die Aussage des US-Diplomaten bei den Vereinten Nationen gesehen werden, für den der Militäreinsatz »ein wichtiger Schritt« war, »*um eine Strategie für die Behandlung potentieller Unordnung und Konflikte in der Nach-Kalten-Kriegs-Ära zu entwickeln*«.

Der Zeitpunkt des Eingreifens in Somalia war deshalb nicht zufälliger Natur. Die Zunahme der Verelendung in den Ländern der sog. Dritten Welt und die daraus resultierende Gefahr sozialer Unruhen und kriegerischer Konflikte machte es für den Westen immer dringlicher, seine Handlungsfähigkeit in solchen Krisensituationen unter Beweis zu stellen und gegebenenfalls zu verbessern. Somalia bot sich für diesen Zweck an, weil ein militärisches Eingreifen hier mit weit weniger Risiken verbunden ist als in anderen Krisenregionen wie etwa dem ehemaligen Jugoslawien, Kambodscha oder gar den Nachfolgestaaten der Sowjetunion. Denn zum einen liegt Somalia nicht einmal teilweise in der Einflußsphäre der immer noch wichtigen Großmächte China und Rußland. Zum anderen ist das militärische Potential der Bürgerkriegsparteien bei weitem nicht so groß wie das der Gegner im Kaukasus oder in Bosnien. Die Erfolgsaussichten sind für die westlichen Staaten also ungleich größer und die Gefährdung der eigenen Truppenverbände ist gleichzeitig erheblich geringer.

Ein wesentliches Charakteristikum der ganzen Aktion besteht dabei darin, daß die USA als Weltpolizist handeln, das aber erstmals seit Jahrzehnten wieder im Namen der UN tun können. Am 4.12.92 erklärte der damalige US-Präsident Bush: »... *ich bin mir darüber im klaren, daß die Vereinigten Staaten allein nicht alle Mißstände auf der Welt beheben können. Aber wir wissen auch, daß einige Krisen auf der Welt nicht ohne amerikanisches Engagement beigelegt werden können, daß amerikanisches Handeln häufig als Katalysator erforderlich ist, um die internationale Staatengemeinschaft zu breiterem Engagement zu veranlassen. Nur die Vereinigten Staaten haben den weltweiten Aktionsradius, um eine große Sicherheitsstreitmacht an einem solch entfernten Ort so rasch und effizient zu stationieren.*« Anders als in Vietnam oder in Panama soll so etwas aber nicht mehr ohne den offiziellen Auftrag der Vereinten Nationen laufen. Der jetzige US-Präsident Clinton erklärte deshalb: »*Wir können unsere Führungsrolle in der Welt jetzt zunehmend auf multikulturellem Weg ausdrücken, wie über die UN, was die Kosten verteilt und den gemeinsamen Willen der internationalen Gemeinschaft zum Ausdruck bringt.*«

Ein Vertreter des »Rechts auf humanitäre Intervention«, nämlich Rupert Neudeck vom Hilfskomitee Cap Anamur, forderte schon: »*Künftig wird die UNO wirklich die Treuhand über Bosnien, Kambodscha und Somalia übernehmen müssen. Diese drei Länder, zu denen man schon heute eigentlich auch Afghanistan, Angola und Mosambik und künftig Südafrika hinzufügen muß, können sich aus eigener Kraft nicht mehr administrieren. Das muß die UNO tun.*« Auch wenn diese Aufzählung zur Zeit wenig realistisch ist – die

Der Faschismus in Deutschland Band I
Analysen und Berichte der KPD-Opposition von 1928 bis 1933 (aus »Gegen den Strom«). Herausgegeben und eingeleitet von der Gruppe Arbeiterpolitik, Frankfurt/M., 1973. Zweite, erweiterte Auflage 1981. 296 Seiten, Klebebindung. 15,00 DM

begrenzten Mittel der UN bzw. des Westens zeigen bereits jetzt, daß sie auch in Zukunft gezwungen sein werden, sehr selektiv vorzugehen –, so ist dennoch deutlich: Die Politik der USA und des Westens insgesamt zielt auf eine umfassende Neubestimmung der Rolle der UN.

In diesem Zusammenhang bedeutet Somalia einen Einschnitt. Um die Verhältnisse in den unter US-Protektion stehenden lateinamerikanischen Militärdiktaturen haben sich die UN ebensowenig gekümmert wie um die Menschenrechtsverletzungen in Staaten wie Senegal oder der Zentralafrikanischen Republik, die das Wohlwollen Frankreichs genossen. Jetzt aber haben sie sogar völlig neue Elemente in das Völkerrecht eingeführt, um ihr angebliches Eingreifen zugunsten der Menschenrechte zu rechtfertigen: Als mit der Resolution 733 im Januar 1992 ein Waffenembargo gegenüber allen somalischen Bürgerkriegsparteien verhängt wurde, geschah dies noch mit der formellen Zustimmung der somalischen Regierung. In der Resolution 794 vom 3.12. wurde von Seiten der UN aber einfach eine abstrakte Gefährdung des Friedens und der Weltsicherheit konstruiert, wobei damit noch nicht einmal eine militärische Bedrohung wie im Falle des Irak gegenüber Kuwait gemeint sein konnte, sondern nur eine ganz allgemeine, nicht näher definierte Gefahr. Während die UN bislang offiziell immer nur im Sinne eines Mitgliedstaates aktiv werden konnten, maßen sie sich jetzt die Rolle eines Weltpolizisten an, der selbst über das Warum, Wie und Wann seines Einsatzes entscheidet. Deshalb dürfen die Blauhelme bei dieser Aktion auch erstmals ihre Waffen nicht nur im (auch früher allerdings gelegentlich schon sehr weit definierten) Selbstverteidigungsfall einsetzen, sondern können auch von sich aus militärisch aktiv werden.

Die deutschen Interessen am Einsatz in Somalia

Deutschland verfolgt neben all den Interessen, die es mit den anderen westlichen Ländern teilt, noch ein Sonderziel: Es will seiner gewachsenen internationalen Bedeutung nach der Wiedervereinigung und den Veränderungen in Osteuropa das bisher noch fehlende militärische Standbein verschaffen. Denn nur wenn es der Bundesregierung gelingt, die seit dem 2. Weltkrieg gültigen Beschränkungen für militärische Aktionen der Bundeswehr Stück für Stück außer Kraft zu setzen, kann Deutschland den angestrebten Status als nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch und militärisch in Europa dominierende Macht erreichen. Zu diesem Zweck fährt die Bundesregierung derzeit eine Doppelstrategie. Auf der einen Seite versucht sie, Deutschland einen Platz als ständiges Mitglied im UN-Sicherheitsrat zu sichern, zum anderen will sie unter dem Schirm der UN die Bundeswehr in wachsendem Maße an militärischen Einsätzen außerhalb des NATO-Gebietes beteiligen.

Ängste vor zusätzlichen Konflikten mit der eigenen Bevölkerung – und nicht das Grundgesetz – lassen sie bislang aber vorsichtig taktieren. Aktivitäten wie die in Kambodscha oder Somalia bieten sich da als Zwischenstufen an, um die Akzeptanz militärischer Einsätze der Bundeswehr außerhalb des klassischen NATO-Bereichs mittelfristig auszubauen. Aus dem gleichen Grund werden auch die Gefährdung der Soldaten in Somalia und die Einbindung in der UN-Interventionsstreitmacht heruntergespielt. So erklärte z.B. Rühe in der Lobby des Bundesverfassungsgerichts (zu sehen in einem Fernsehbericht in West 3), die »operational control« des Bataillons liege weiterhin bei ihm. Tatsächlich hat die Bundesregierung sie im Beschluß vom 17.12.92 bereits an UNOSOM-II abgetreten, weswegen auch ein deutscher Arzt sowie ein Sanitäter während der Auseinandersetzung der Pakistani mit den Aidid-Milizen nach Mogadischu kommandiert werden konnten.

Die SPD-Opposition hat keine andere Perspektive als die CDU/FDP-Regierung. Das zeigte schon ihre Reaktion auf die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 23.6.93. Für sie kommt es nicht darauf an, daß am Ende eine andere Politik herauskommt, sondern daß sie mitentscheiden darf. Der SPD-Bundesparteitag vom November 1992 sah zwar noch vergleichsweise enge Bestimmungen für den »Out-of-Area-Einsatz« außerhalb des NATO-Vertragsgebiets vor, in der Bundestagsdebatte am 20.4.1993 erklärte Karsten Voigt aber schon, seine Fraktion sei prinzipiell bereit, innerhalb von 14 Tagen ein Gesetz zu verabschieden, das den Somalia-Einsatz legalisiere. Die jetzige Auseinandersetzung zwischen den Teilen der SPD, die wie Klose und Struck für einen uneingeschränkten Einsatz bundesdeutscher Truppen unter UN-Kommando eintreten, und jener Mehrheit, die angesichts vieler negativer Reaktionen an der Parteibasis und auch in der Öffentlichkeit vor diesem Schritt noch zurückschreckt, stellt deshalb wie schon die früheren Parteitagsbeschlüsse auch nicht viel mehr als ein Verzögerungsmoment dar, das die gesamte Richtung der sozialdemokratischen Politik, ihre Unterordnung unter die weltpolitischen Interessen des bundesdeutschen Kapitals nicht verändern wird.

Die bisherige Bilanz

Gemessen an den Ankündigungen der UN und der westlichen Staaten war der Somalia-Einsatz bisher weitgehend ein Fehlschlag. Zwar hat man es geschafft, die Hungerbilder in die Vergangenheit zu verbannen, viel mehr aber auch nicht. Statt den Frieden zu bringen, haben die UN-Truppen bisher nur neue Konflikte ausgelöst. Denn sie haben die Macht in Mogadischu und einigen anderen Teilen des Landes an sich gezogen, bisher aber keine in ihrem Sinne operierende eigenständige inländische Kraft aufbauen können. Es ist ihnen nicht gelungen, die vielen Milizen aufzulösen. Diese haben sich vielmehr ins Hinterland zurückgezogen. Gebiete, die früher noch sicher waren, sind es deshalb jetzt nicht mehr. Die Versöhnung im Land ist nicht nähergerückt, sondern nach Aussage des US-Sonderbeauftragten Dakley ist das *»Banditentum im Lande schlimmer«* geworden. In den ersten beiden Monaten dieses Jahres sind in Mogadischu mehr somalische Mitarbeiter der Hilfsorganisationen getötet worden als im gesamten letzten Jahr. Der Balancezustand, der vor dem Eintreffen der UN-Truppen in Somalia herrschte, ist zerbrochen. Was immer die UN jetzt tun, wirkt sich gegen sie selbst aus. Innerhalb kürzester Zeit ist die positive Stimmung, die in der Bevölkerung anfangs gegenüber den ausländischen Truppen herrschte, in Enttäuschung, Verbitterung und Wut umgeschlagen: Aus Befreiern wurden Besatzer. 3.10.93 ■

Ein vorläufiger Kommentar

Das Abkommen zwischen Israel und der PLO

Während die von Bush im Golf-Krieg verkündete »neue Weltordnung« für die Golf-Region schon in Vergessenheit geraten ist, erlebt die Welt eine Fortsetzung in Nahen Osten. Der israelische Außenminister Peres spricht gar von einer »Revolution«: *»Lassen sie uns Kugeln durch Wahlzettel ersetzen, und Gewehre durch Schaufeln... Wir werden ihnen* (den Palästinensern) *Hilfe anbieten, um in Gaza Wohlstand zu schaffen, und dafür zu sorgen, daß Jericho wieder aufblüht«*. (»NYT«, 15.9.93)

Die Folgen der israelischen Besatzungsherrschaft

Diese sind aus einer Bemerkung des ehemaligen israelischen Präsidenten Herzog ersichtlich, der dem Korrespondenten der »Weltwoche« (16.9.93) erklärte: *»Es braucht Milliarden von Dollars, um in Gaza humane Lebensbedingungen zu schaffen«*. Bei näherer Betrachtung des als Beginn einer neuen Zeit gepriesenen Abkommens zwischen Israel und der PLO wird erkennbar, daß sich in den von Israel besetzten Gebieten ein explosives Gemisch angehäuft hat, die Intifada, die die israelische Armee nicht besiegen konnte, die aber die Moral der israelischen Soldaten zersetzt hat.

Die wirklichen Absichten

Die Besatzungsherrschaft des Staates Israel wird durch das Abkommen nicht gelockert, sondern zementiert. Autonomie wird üblicherweise einer nationalen Minderheit in einem Lande zugestanden. Aber die Palästinenser sind keine Minderheit, sondern Unterdrückte im eigenen Land. Die Diplomatie der PLO mußte dem Rückzug der SU und der Auflösung des Warschauer Paktes Rechnung tragen. Zur Diplomatie gehört es, Begriffe nach der jeweiligen Interessenlage zu interpretieren. So ist die Rede davon, daß die sofortige *»Autonomie für den dichtbesiedelten Gazastreifen und zahlreiche Lockerungen für die Westbank angeboten werden«*. Es ist die Rede von einer zu wählenden Autonomie-Behörde der Palästinenser, zu der auch die Einwohner Ost-Jerusalems ihre Stimme abgeben dürfen. Aber auch nicht mehr! Warum überhaupt Autonomie für die Palästinenser und Souveränität für Israel? Die Autonomie bewahrt das israelische Besatzungsregime, das der palästinensischen Bevölkerung bei entsprechendem Wohlverhalten einige Streicheleinheiten gewährt. Um dieses Wohlverhalten, d.h. Ruhe und Ordnung, zu sichern, darf die PLO Polizeikräfte auf die Beine stellen. Gegen wen? Gegen die bewaffneten israelischen Siedler haben palästinensische Behörden keinerlei Einwirkungsmöglichkeiten. Auch wenn Arafat erklärt, *»niemals«* würden diese Polizeikräfte auf Palästinenser losgehen: Über Sicherheits- und Außenpolitik entscheidet allein der Staat Israel, bzw. alles bleibt unter dessen Kontrolle. Arafat soll die Widerspenstigen zähmen. Und wenn es ihm nicht gelingt, den von Israel geschürten Bürgerkrieg unter Kontrolle zu bringen, dann können die israelischen Behörden jederzeit sagen: *Wir* müssen Ordnung schaffen.

Desweiteren die Stadt Jericho als »Regierungssitz«, ohne direkte Verbindung mit dem Gaza-Gebiet. Diese Verbindung ist nur mit Duldung und unter der Kontrolle der israelischen Armee möglich. Um alle Zweifel zu zerstreuen: Nach Auffassung der israelischen Regierung wird es keinen palästinensischen Staat geben, d.h. keine palästinensische Souveränität.

Die Grundlagen der »Einigung«

Die Frage ist: Was verbindet die israelische Regierung mit der PLO? Arafat versichert, die *»PLO werde die Verantwortung für alle Gruppen und Personen übernehmen, um deren Gehorsam zu sichern, Verletzungen der Vereinbarung zu verhindern und jene zurechtzuweisen, die solche Verletzungen begehen...«*. Die PLO wird jetzt akzeptabler für den Staat Israel, weil sie im Vergleich zur Bewegung der islamischen Revolution gemäßigt ist. Es ist die Furcht vor den Anhängern des islamischen Fundamentalismus, die für die islamische Revolution kämpfen. Die Niederwerfung der steinewerfenden Intifada soll in Zukunft die palästinensische Polizei besorgen. Ob das der palästinensischen Polizei besser gelingen wird ohne die Zusammenarbeit mit der israelischen Armee, muß angesichts des wachsenden Einflusses des islamischen Fundamentalismus bezweifelt werden. Auch wenn vorübergehend die gewünschte Ruhe eintreten sollte, die Gegensätze sind nicht gemildert, sondern werden sich verschärft ausbreiten. Dementsprechend hat Rabin vor seiner Ankunft in den USA schon erklärt, die PLO werde mit Israel bei der *»Niederschlagung von Unruhen in den besetzten Gebieten«* zukünftig zusammenarbeiten. (»Welt«, 14.9.93) 16.10.93 ■

ZUR DISKUSSION

... über den

Krieg in Jugoslawien

schreibt uns ein Leser:

»Um Euch gleich die Einordnung meiner Einschätzung zu erleichtern, sage ich, daß das entscheidende Antriebsmoment in der Entstehung des Krieges die Verteilungskämpfe sind, als Folge des Bankrotts dieser Variante des Sozialismus' und der Anpassung eines verschuldeten Landes an den kapitalistischen Weltmarkt.

Damit bin ich aber soweit, daß ich wieder einmal alles erklären würde, ohne die besonderen Greuel dieses Krieges zu erfassen und die darin innesteckende Dynamik, die sich für nachfolgende Auseinandersetzungen weiter östlich ergeben könnte. Was mir auf den ersten Blick auffällt, ist, daß die besonderen Kriegsverbrechen (ethnische Säuberungen und Vergewaltigungen) bei Euch überhaupt nicht einmal angemerkt werden. Und sie sind es natürlich, die für Jahre hinaus die Situation in den Ländern bestimmen werden.

Dazu ein Zitat von Helga Wullweber (Republikanischer Anwaltsverein): *»Aus der Feststellung, daß die Serben besonders grausam und zielgerichtet mordeten, folterten und vergewaltigten, folgt nicht, daß damit die Serben als für den Krieg verantwortlich dingfest gemacht wären. Die Verurteilung der Kriegsführung ist von der Beurteilung der Kriegsursachen zu unterscheiden«*. (Taz v. 25.2.93)

Wie sollen wir also der deutschen Bevölkerung die Zusammenhänge deutscher Politk auf dem Balkan erklären, wenn wir uns an der konkreten Kriegsführung vorbeimogeln (Arpo 5/92, S.12)?

Aber Ihr geht ja weiter: In dem benannten Artikel stellt Ihr Serbien als alleiniges Opfer dar, stilisiert den serbi-

schen aggressiven Nationalismus als Antiimperialismus hoch. Damit habt Ihr das Niveau von Pohrt/Konkret erreicht!

Dieselbe Zeitung, in der Gremliza uns weismachen wollte, wie gut doch die Revolution in Afghanistan war und deshalb auch die Intervention der SU rechtfertigte... Dasselbe Magazin, das niemals wirklich während DDR-Zeiten Stellung bezog gegen den Betrug im Namen des Sozialismus und den politischen Bankrott des Systems geflissentlich verschweigt. Aber dann ellenlange Artikel schreibt über die Aneignung durch den Westen. Ja, was haben wir denn erwartet? Sind unsere Feinde unsere einzigen Wegweiser? Wenn ja, werden wir nicht weit kommen.« UC ■

»An der konkreten Kriegsführung vorbeimogeln?« Eine Antwort.

Daß Krieg mit Mord, Totschlag und Verbrechen verbunden ist, sollte auch Menschen, die den zweiten Weltkrieg nur aus Berichten und Fernsehbildern kennen, bekannt sein. So dachten wir, aber offenbar ist es notwendig, diese Binsenweisheit immer wieder zu wiederholen. Seit 1945 haben wir auf die drohende Gefahr eines dritten Weltkrieges hingewiesen, wenn der Kapitalismus in Deutschland restauriert wird, und daß der 3. Weltkrieg mit unvergleichbar größerer Brutalität und unvergleichlich größeren Leiden für die Zivilbevölkerung geführt werde als die vorangegangenen. Die Brutalität, die wir jetzt – vermittelt durch eine in der Regel tendenziöse und zum Teil die Wahrheit verfälschende Berichterstattung – in Jugoslawien bzw. in Bosnien erleben, ist nicht annähernd vergleichbar mit den Verbrechen im 2. Weltkrieg: dem Atombombenabwurf durch die USA in Japan, der Ermordung von Millionen Juden, Kommunisten, Russen, Polen, der Bombardierung der Städte (besonders die vom militärischen Standpunkt völlig sinnlose Bombardierung Dresdens), auch nicht mit der Kriegsführung der USA in Vietnam, – um nur einige Beispiele zu nennen. Auch der Partisanenkrieg in Jugoslawien gegen die deutsche Besatzung im 2. Weltkrieg war auf beiden Seiten von Mord und Totschlag begleitet. Das waren die Folgen des »Dranges nach Osten« des deutschen Imperialismus, und der wiederum war von der deutschen Arbeiterklasse und den Organisationen der Arbeiterbewegung nicht verhindert worden, so daß die herrschende Klasse in Deutschland die Nazibewegung finanzieren und die Armee auf den 2. Weltkrieg vorbereiten konnte. Es nützt den Opfern des Krieges wenig, über ihr Unglück zu klagen; er muß verhindert oder wenigstens die Opfer und Leiden müssen so gering wie möglich gehalten werden. Die deutsche Außenpolitik und ihr neuerlicher Drang nach Osten sind aber verantwortlich für die ständige Ausweitung des Krieges auf dem Balkan.

Es ist schon richtig, daß die wirtschaftliche Abhängigkeit Jugoslawiens vom Westen eine Ursache der Kämpfe in Jugoslawien ist. Wir haben oft genug darauf hingewiesen, daß es auf Dauer keinen dritten Weg zwischen Sozialismus und Kapitalismus gibt. Aber das ändert nichts an der Tatsache, daß die deutsche Außenpolitik die wirtschaftliche Krise nutzte, die nationalen Unterschiede auf dem Balkan anzuheizen und die jugoslawische Föderation zu zerschlagen. Die deutsche Außenpolitik rechnete damit, daß die Bevölkerung in Jugoslawien sich ähnlich verhalten werde, wie die der DDR und anderer Volksrepubliken und ihr den Weg nach Osten widerstandslos freigeben würde. Versprechungen an Kroaten und Slowenen und die Forcierung ihrer staatlichen »Selbständigkeit« würden auch Rest-Jugoslawien zur Unterwerfung veranlassen.

Es ist bemerkenswert, jetzt zu erfahren, daß die staatliche Selbständigkeit und Anerkennung Kroatiens, Sloweniens und Bosniens von den Verbündeten der Bundesrepublik (USA, Frankreich und England) mit »Knurren« hingenommen wurde. Der US-Außenminister Christopher hat der deutschen Außenpolitik inzwischen öffentlich die Schuld an dem Desaster in Jugoslawien zugeschoben. Im ARD-Fernsehen hat ein amerikanischer Journalist geäußert, man müsse wohl Kohl und Genscher wegen der Jugoslawienpolitik als Kriegsverbrecher vor Gericht stellen. Entrüstet schrieb die »Welt« am Tag darauf: *»Wenn ein amerikanischer Korrespondent im Fernsehen erklärt, man müsse neben Milosevic auch Kohl und Genscher wegen Kriegsverbrechen anklagen, weil sie Kroatien und Bosnien anerkannt hätten, dann zeigt sich nicht nur ein Mangel an Stil und Geschmack, sondern vor allem auch an Kenntnissen...«* (»Welt«, 1.2.93)

Zu den Illusionen der Kroaten und Slowenen über ihre Möglichkeiten, auf dem Weltmarkt besser konkurrieren zu können, wenn sie sich vom ärmeren Restjugoslawien »befreit« haben, kommen jetzt die Illusionen der Bosnier über den Westen. Ivan Cicak, ein ehemaliger kroatischer Studentenführer (1971) und Mitkämpfer Tudjmans, jetzt in Opposition zur kroatischen Regierung, drückte das in der schwedischen Zeitung »Dagens Nyheter« vom 22.7.93 so aus: *»Ich hatte einen Traum von Kroatien, aber die Wirklichkeit sieht ganz anders aus«*. Nach seinen Angaben wurden in Kroatien 5.000–6.000 serbische Häuser niedergebrannt. Viele Serben wurden aus ihren Wohnungen vertrieben. Die Diskriminierung der Serben in Kroatien *»wird bald aufhören, weil es keine Serben in Kroatien mehr geben wird«*. In welcher Zeitung war das hierzulande zu lesen? Wir identifizieren uns keineswegs mit dem serbischen Nationalismus, wie er z.B. von Seselj vertreten wird. Wir haben uns auch niemals mit der Ideologie des Vaterländischen Krieges und des russischen Nationalismus im 2. Weltkrieg identifiziert. Aber entscheidend ist nicht, was Menschen oder gar Völker denken, entscheidend ist, was sie unter den gegebenen geschichtlichen Bedingungen zu tun gezwungen sind. Die große Mehrheit der Rotarmisten hat im 2. Weltkrieg nicht mit kommunistischem Bewußtsein gegen den deutschen Imperialismus gekämpft. Hätten wir deswegen ihren Kampf gegen den deutschen Faschismus und Imperialismus nicht unterstützen oder gar boykottieren sollen? Für uns war klar, auf welcher Seite wir standen: auf der Seite derjenigen, die die Kraft entwickelten (die die deutsche Arbeiterklasse nicht hatte entwickeln können), den Hauptfeind der Arbeiterklasse zu bekämpfen.

Entscheidend ist nicht, mit welcher Ideologie in Jugoslawien gegen den deutschen Imperialismus gekämpft wird, entscheidend für uns ist, daß wir die deutsche Arbeiterklasse aufklären über die Hintergründe und Folgen der Außenpolitik unserer herrschenden Klasse. Da stehen wir einer Front von CDU bis SPD und Grünen gegenüber.

Beispielhaft für die Irreführung der arbeitenden Bevölkerung in unserem Land ist die Erklärung des Hamburger Bürgermeisters Voscherau (SPD), in der er davon spricht, daß *»Greuel und Blutvergießen eine Dimension erreicht (haben), bei der von Völkermord und Kriegsverbrechen gesprochen werden muß«*. Es sollten deshalb *»solche militärischen Mittel, die die Verwicklung von Bodentruppen in einen Partisanenkrieg ausschließen«*, angewendet werden, also z.B. Luftangriffe. (»Welt«, 12.8.92)

Voscheraus Erklärung ist nur ein Beispiel dafür, wie führende SPD- und Gewerkschaftsfunktionäre – gestützt auf die Propaganda der bürgerlichen Presse und Medien – versuchen, die arbeitende Bevölkerung erneut für die Militarisierung Deutschlands zu gewinnen. Dagegen gilt für uns immer noch das Wort Liebknechts: *»Der Feind steht im eigenen Land.«*

P. HH ■

»Daß Bischofferode ein Lehrbeispiel ist, wird im Ruhrgebiet niemand bestreiten ...«

Kommentar

Der Kampf der Kali-Kumpel von Boschofferode um den Erhalt ihrer Arbeitsplätze ist zu einem Symbol in Ostdeutschland geworden. Sie stehen für den entschlossenen Widerstand gegen die Arbeitsplatzvernichtung durch die Treuhandanstalt und die Bundesregierung, und sie führen ihren Kampf mit einer Entschiedenheit, die vielen Mut macht. Dadurch sind sie zu einer Hoffnung für viele Menschen in Ostdeutschland geworden, die diesen Kampf bisher selbst nicht führen konnten oder wollten. Vor allem aber haben sie eine solidarische Haltung in ihrem Kampf gezeigt, die neu in Ostdeutschland ist. Als die Bundesregierung den über 700 Kollegen Ersatzarbeitsplätze anbot, um ihren zum politischen Signal gewordenen Hungerstreik endlich zu beenden, lehnten sie diese für sich ab und forderten sie für die vielen Arbeitslosen der Region bei gleichzeitigem Erhalt ihrer Arbeitsplätze.

Völlig neu ist an dem Kampf der Bischofferöder Kumpel, daß sie ihn führen mit einem ungebrochenen Selbstbewußtsein und mit Stolz auf ihr Produkt und ihre Arbeit. Die Sicherheit, mit der sie erklären, sich auf dem umkämpften Kalimarkt behaupten zu können, wird von vielen als die angemessene Antwort auf die Kolonialisierungsmethoden der Wessis verstanden. Mit ihrer Forderung nach Offenlegung des Fusionsvertrages geben sie nicht nur den Menschen eine Stimme, die nicht nur Transparenz bei den Entscheidungen der Treuhand fordern, sondern klagen darüber hinaus die Demokratie ein, die sie sich von der »Wende« in der ehemaligen DDR erhofft hatten.

Von großer Bedeutung für die breite Sympathie, mit der ihren Aktionen begegnet wird, ist die Tatsache, daß die Kollegen rechtzeitig begonnen haben, sich die solidarische Unterstützung für ihren Kampf selbst zu organisieren. Als sie merkten, daß die IGBE mit der Kali AG gemeinsame Sache macht, wendeten sie sich unmittelbar an Kollegen aus anderen Betrieben und Gewerkschaften, fuhren zu Informationsveranstaltungen durch das Land und entlarvten an dem konkreten Beispiel die Politik des Plattmachens, die die Treuhand im Osten betreibt. Dabei ist ihre Erfahrung, daß eine Belegschaft auch ohne Unterstützung der Gewerkschaft für ihre Interessen kämpfen kann, für viele Kollegen von Bedeutung. Nach der ersten illusorischen Euphorie über die DGB-Gewerkschaften folgte sehr bald eine Ernüchterung und Enttäuschung über deren praktisches Agieren, das oftmals Aktionen von Belegschaften eher behinderte, als sie zu unterstützen, und das vor allem nicht in dem erwarteten Maß die Solidarität und den Erfahrungs- und Informationsaustausch über Branchen- und Regionalgrenzen hinweg organisierte.

Die Aktionen der Bischofferöder haben mittlerweile eine unmittelbare politische Brisanz gewonnen. Sie haben zu Auseinandersetzungen bis in die CDU-Spitze hinein geführt. Da dieser Kampf in einer Region geführt wird, in der bei der letzten Bundestagswahl über 90 Prozent CDU wählten, wollte z. B. die Bundestagspräsidentin, Rita Süßmuth, den Kumpeln demonstrativ entgegenkommen und setzte sich für deren Forderungen ein. Das Bundeskanzleramt aber befürchtete einen gefährlichen Präzedenzfall und lehnte den Erhalt der Grube prinzipiell ab.

Die Losung: »*Bischofferode ist überall*«, mit der die Kumpel und viele Unterstützer für Solidarität werben und die inzwischen im Osten weit verbreitet ist, stimmt natürlich nur mit dem Blick auf die ungebrochen anhaltende Arbeitsplatzvernichtung. Sie gilt bei weitem noch nicht für die überall notwendige Gegenwehr.

Inzwischen ist aus ihren Aktionen das offene Bündnis »*Thüringen brennt*« geworden, in dem sich Betriebsräte, Gewerkschafter, Kirchengruppen und verschiedene Initiativen vereint haben und Arbeitsplätze für alle fordern. Mit ihren Aktionen jeden Dienstagmittag »*5 vor 12*« haben sie eine Aktivität entfaltet, wie es bisher keiner Organisation oder Partei gelungen ist. Sie sind zu einem Kristallisationspunkt geworden, an dem sich jetzt auch Kollegen in anderen ostdeutschen Ländern, wie z. B. in der Lausitz, zu orientieren beginnen. Die Forderung dieses Bündnisses »*Für eine Wende in Bund und Land zu einer sozialen Politik*« ist geeignet, Menschen verschiedenster politischer Überzeugung im Kampf für ihre eigenen Interessen zu vereinen.

26.10.93 ■

Interview vom 18.10.1993 mit den Betriebsräten Brodhun und Jüttemann vom Kalibergwerk Bischofferode

Arpo: Die Hungerstreikaktion für den Erhalt der Kaligrube in Bischofferode, die Aktionstage und eure Informationsbesuche in ganz Deutschland haben bei aller Breite der Solidaritätsbewegung die Mitteldeutsche Kali – sprich BASF – Treuhand und Bundesregierung, auch die IGBE nicht vom Ziel abweichen lassen, die Kaliproduktionsstätte Bischofferode zum Zweck der Marktbereinigung zu eleminieren. Ist das Fusionskontrollverfahren der EG-Kommission in Brüssel für euch der letzte Rettungsanker, um euren Betrieb zu erhalten?

BR: Als letzten Rettungsanker würde ich das nicht bezeichnen, obwohl es ein Hoffnungsträger ist, daß durch den Brüsseler Entscheid dieses Fusionskonzept oder der Fusionsvertrag in dieser Form in Brüssel nicht umgesetzt wird, und durch einen Entscheid aus Brüssel die Einzelprivatisierung des Betriebes in Bischofferode möglich bleibt, ohne daß der Name Bischofferode im Bescheid direkt fallen muß. Es wird aber aufgrund der Kartellierung der Kali-Industrie in Deutschland irgendwie zu einer Auflage der EG-Kommission kommen, somit wird ein Mitbewerber auf dem Markt bleiben.

Arpo: Also Umformulierung des Fusionsvertrages, womit eine neue Runde beginnt, einen Unternehmer zur Weiterführung des Betriebes zu finden?

BR: Der ist ja da.

Arpo: Was hat euch der ganze Rummel mit dem Treuhandausschuß um seine Einsichtnahme in den Fusionsvertrag am 27. September in Berlin gebracht?

BR: Nachdem sich über hundert Personen am Hungerstreik beteiligt hatten, begann am 1. September der Marsch der restlichen Hungerstreikenden nach Berlin. Offiziell setzte der Hungerstreik am 19. September aus. Eine begonnene Aktion muß irgendwann vorerst ihren Abschluß finden, wenn auch je nach Lage genügend Belegschaftsangehörige und andere bereit sind, wieder in den Hungerstreik zu treten. Dieser Trubel dort im Reichstag, wenn man es so bezeichnet, wäre ja nicht zustandegekommen, wenn die Herren vom Treuhandausschuß bereit gewesen wären, sich die Bedenken und Fragen jener Kollegen anzuhören, die am 27. September das Vertragswerk »einsehen« durften – denn ein solches Tausend-Seiten-Papier mit allen Anlagen kann man nicht in zwei Stunden überblicken, höchstens lassen sich da ein paar Seiten näher betrachten. Da dies aber nicht geschehen ist, und wir am 24. September erstmals vom Treuhandausschußbeschluß über die Einsichtnahme gelesen haben und der letzte Satz dann besagt: *»ergänzende Auskünfte zum Fusionsvertrag«*, war es klar, daß wieder Augenwischerei betrieben wird, um nicht zu sagen: Volksverdummung. Einen Kontakt zu den drei Herren des Treuhandausschusses gab es nicht, von denen hat sich keiner sehen oder hören lassen.

Arpo: Welche Entwicklung nimmt seit August und jetzt in nächster Zeit die Auftragslage bei euch? Machen verunsicherte Kunden Rückzugsbewegungen und geben euch als sichere Lieferanten auf?

BR: Die Auftragslage für uns als Einzelbetrieb in Bischofferode entwickelt sich zur Zeit bei keinem Kunden ungünstig. Saisonbegingt ging es im Sommer aufgrund der Betriebsferien etwas zurück, zur Zeit fahren wir wieder mit einer Auslastung von über 60 Prozent mit leicht ansteigender Tendenz. Die Kunden in Nordeuropa, Frankreich und Belgien legen weiterhin Wert auf unser Produkt, die Belieferung mit anderem Salz lehnen sie ab. Die Auslastungszahlen gegenüber dem Vorjahr sind nicht schlechter geworden, obwohl Ende des Jahres hier Schluß sein soll; das spricht doch Bände. Dabei gehen wir davon aus, in diesem Jahr nur noch die Produktionsanteile bekommen zu haben, die woanders nicht herstellbar sind.

Arpo: Eure vom Diplomökonomen Arnold in seinem Gutachten für die thüringische Landesregierung unterstützten betriebswirtschaftlichen Überlegungen ignoriert selbst der IGBE-Vorsitzende Berger, für ihn ist das DDR-Ideologie. Welche Fakten sprechen für Bischofferode, was rechnet sich Peine aus, käme er zum Zuge?

BR: Auch Berger sagt, Marktwirtschaft ist brutal. Da wird doch kein Mittelständler oder Unternehmer einen Betrieb übernehmen, der keinen Gewinn abwirft. Die Firmengruppe Peine ist da keine Ausnahme. Die beständig aufgemachte Rechnung, der Standort Bischofferode ist nicht in schwarze Zahlen zu führen, stimmt absolut nicht. Die Zahl 167,– DM Produktionskosten pro Tonne Kali ist falsch. Der Augustabschluß ergab 137.– DM Produktionskosten pro Tonne, im Verkauf erbringt die Tonne derzeit ca. 165,– DM. Parallel sollen dazu nach dem Peine-Konzept untoxische Reststoffe in Hohlräume eingelagert werden, z. B. Kraftwerksasche und Klärschlämme aus anderen vorhandenen Lieferbeziehungen der Peine-Gruppe, was zusätzlich Einnahmen mit sich bringt.

Arpo: Der von einigen aus der Unterstützerinitiative vorgebrachte Wunsch, die Delegierten des IGBE-Kongresses sollten aufgrund mangelnder Unterstützung eurer Belegschaft den Vorstand stürzen, stellte sich als völlige Fehleinschätzung der Kräfteverhältnisse in der IGBE heraus. Von den 400 Delegierten hat sich kaum einer gefunden, der eure Positionen unterstützte.

BR: Wir haben überhaupt nicht erwartet, daß aus dieser Vertreterversammlung ein Echo für Bischofferode kommen würde. Wir machen uns nichts vor und wissen, der IGBE-Vorstand versteht es, mit Leuten aufzuwarten, von denen kein Gegendruck zu erwarten ist. Von Bischofferode ist niemand eingeladen worden, von dem Kongreß in Chemnitz erfuhren wir erst ein paar Tage vorher und konnten gerade noch einen offenen Brief an die Delegierten formulieren, der dort dann vorlag. Am gleichen Wochenende hielten wir uns mit mehreren Bussen in Berlin auf und konnten unseren Standpunkt nicht auch noch in Chemnitz vortragen. Für die meisten Delegierten mögen wohl auch die Ruhrkohleprobleme im Vordergrund gestanden haben.

Arpo: Wie viele IGBE-Mitglieder gibt es jetzt noch hier im Betrieb?

BR: Wir versuchen die Kollegen davon abzuhalten, in diesen Zeiten aus der Gewerkschaft auszutreten, wo man eine Gewerkschaft braucht, sofern sie etwas für die Kollegen tut. Momentan fehlt uns ein genauer Überblick; fest steht nur, nach dem letzten Gespräch mit der Bezirksleitung der IGBE Thüringen sind viele ausgetreten, darunter zwei Betriebsräte. Die IGBE-Bezirksleitung unterstützt in keiner Weise unseren Arbeitskampf. Zumindest von der Führung der IGBE erwartet hier bei uns niemand mehr etwas. Auf unsere Nachfrage, wieso wir mit dem Erhalt unserer Grube 7500 Arbeitsplätze in der Kali-Industrie gefährden, bekamen wir zur Antwort, Kali & Salz und die BASF würden das behaupten.

Arpo: Wieviel Geld befindet sich auf eurem Solidaritätskonto, und wie wird es genutzt?

BR: An Spenden sind reingekommen eine gute halbe Million. Allein während des Hungerstreiks entstanden pro Tag ca. 500,– DM Kosten für Medikamente. Es entstehen viele Ausgaben für Fahrzeuge, um zu Veranstaltungsorten zu gelangen, inzwischen dürfte das hundertmal der Fall gewesen sein. Fünftausend Mark kostete die Bus-Charter nach Rom zum Papst, für fünf Busse nach Berlin zur Kundgebung am Alexander-Platz benötigten wir 8000,– DM.

Arpo: Selbst prominente Künstler wie Alfred Hrdlicka in Wien spendeten große Summen.

BR: Alfred Hrdlicka schickte uns ein handgeschriebenes Fax mit solidarischen Grüßen und Wünschen für Kraft und Durchhaltevermögen im Arbeitskampf. Wir erfuhren erst aus der Zeitung von der Weitergabe des Max-Pechstein-Preises an uns, den Alfred Hrdlicka von der Stadt Zwickau verliehen bekam. Er ist ein arbeiterfreundlicher Künstler, was auch in seinen Werken zum Ausdruck kommt, und entschloß sich aufgrund seiner Kenntnis von unserem Arbeitskampf das Preisgeld von 10 000,– DM an Bischofferode weiterzugeben. Die Vertreter der Stadt Zwickau hat das nicht gestört, eher im Gegenteil, denn auch dort gibt es eine Bergarbeitertradition.

Arpo: Kali ist nicht Kohle, aber wie bewertet ihr die Aktionen der Kohlekumpel im Ruhrgebiet? Dort bleiben bis auf weiteres Betriebe am Leben, indem man pro geförderter Tonne Kohle 200,– DM drauflegt. Achzig Mark kostet die Tonne Kohle auf dem Weltmarkt, und die berechnen 280,– DM für ihre Weiterexistenz.

BR: Wir haben Verständnis für die Situation der Kohlekumpel und sind sofort, als es dort losging, mit Delegationen in Bergkamen und anderswo gewesen. Bezogen auf die Schließungsabsichten ist kein Vergleich möglich, da das von uns angestrebte Privatisierungskonzept kostendekkend ohne Subventionen angelegt ist. Aber um unsere jetzigen 700 Arbeitsplätze zu sichern, bräuchte man uns nur 10,– DM pro Tonne zu geben.

Arpo: Habt ihr im Ruhrgebiet den Eindruck einer Vorbildaktion bekommen, so nach dem Motto: »Was die in Bischofferode können, bringen wir auch«?

BR: Das Bischofferode ein Lehrbeispiel ist, wird dort niemand bestreiten. Auch wenn die Arbeitsplätze sehr teuer sind, man kann nicht über Nacht alle im Bergbau Beschäftigten auf die Straße schicken, solange keine Alternative da ist. Da es die nicht gibt, sollten die subventionierten Arbeitsplätze gehalten werden. Also stehen wir voll auf der Seite der Kohlekumpel. Nicht zu vergessen das Versprechen der Arbeitsplatzzusage bis zur Jahrtausendwende. Was sollen wir von Zusagen der Bundesregierung halten, wenn diese Versprechungen alle nichts wert sind, auch im Fall Bischofferode. Die IGBE hat mit ihren Mitgliedern vorher überhaupt nicht solche Möglichkeiten diskutiert, sonst hätte da nicht solche Reaktionen unter den Kumpeln gegeben. Einige Herren an der Spitze der IGBE haben den Kontakt zur Basis verloren und pflegen eher den Kontakt mit den Chefetagen statt mit den Beschäftigten vor Ort. Deshalb die Spannungen im Kohlebergbau oder auch bei uns zwischen Beschäftigten und Gewerkschaft. Weil sie hier Druck kriegen, fühlen sie sich genötigt, bei den Kohlekumpeln etwas mehr dahinterzustehen. Hier, wo keine Subventionen nötig wären, tritt man für Schließung ein und dort, wo Riesensubventionen erforderlich sind, steht man dahinter. Daran läßt sich die Politik des Gewerkschaftsvorstandes erkennen. 20.10.93 ■

Zwischenbericht aus dem Ruhrgebiet:

Kumpel sollen zur Geisel der Atompolitik werden

Am 19. Oktober tagte die Regierungskoalition in Bonn, um über die weitere Zukunft des deutschen Bergbaus zu beraten.

Dabei ging es um die von den Bergleuten in verschiedenen Protesten geforderte Einlösung der Versprechungen aus der Kohlerunde '91, konkret um die Anschlußregelung für den Jahrhundertvertrag (Kohleverstromung) nach 1995. Vereinbart war eine Menge von 35 Millionen Tonnen, die von den Stromerzeugern abgenommen werden sollte. Jetzt will das Kabinett mit Wirtschaftsminister Rexroth an der Spitze nicht mehr über subventionierte Mengen reden, sondern nur noch Subventionszahlungen, die nicht an Mengen gebunden sind. So z. B. ab 1997 jährlich 7 Mrd. DM für alle Subventionsmaßnahmen einschließlich Sozialpläne – derzeit werden aber allein für die Verstromung ca. 10 Mrd. DM an Subventionen gegeben. Faktisch steht also erneut eine Reduzierung der Förderung ins Haus, forciert durch reduzierte Subventionen.

An diese Finanzierung wurde allerdings die Zustimmung der SPD geknüpft – bei den »Energiekonsensgesprächen« am 27. 10. 93. Danach soll die SPD auf ihren Beschluß »Ausstieg aus der Kernenergie« verzichten. Auf deutsch: Die Bergbaukumpel werden von der Regierungskoalition als Geiseln gebraucht, um ihren Atomkurs gegen die SPD durchzusetzen.

Die Grünen sind bereits aus den Konsensgesprächen ausgeschieden und aus gewerkschaftsinternen Kreisen heißt es, die SPD werde ihre Position nicht ändern, was die Gespräche zum Platzen bringen würde. Die Kumpel stehen also erneut vor der Frage, wie sie ihre Arbeitsplätze verteidigen sollen.

Regierung unter dem Zwang der Haushaltssanierung

Durch die Annektion der DDR sind enorme Finanzaufwendungen notwendig geworden. Haushaltseinsparungen an allen Ecken und Kanten sollen durchgesetzt werden. Die Subventionen für den Steinkohlebergbau sind ein gefundenes Fressen. Allein durch den Jahrhundertvertrag klafft noch ein Loch von über 4 Mrd. DM im Topf der Forderungen der Verstromungskonzerne, der bislang aus dem Kohlepfennig gespeist wird. Bei diesem Minus hilft die soeben beschlossene Erhöhung des Kohlepfennigs von 7,5 auf 8,5 Prozent auch nichts.

Angesichts der Schuldenlast und der weltweit (zur Not militärisch) verfügbaren Energiereserven hat sich die Bundesregierung von einer nationalen Energiepolitik, die nur durch Subventionen am Leben erhalten werden kann, verabschiedet. Und durch das Ende des bisherigen Systemgegensatzes mitten durch Deutschland ist jede besondere Rücksichtnahme auf die Lohnabhängigen überflüssig, jetzt wird beim Abbau der Arbeitsplätze durchgestartet. Es geht nur noch darum, herauszufinden, welches Tempo die Kumpels dabei gerade noch aushalten.

Ruhrkohle AG unter dem Druck der Anpassung

Der Ruhrkohlevorstand mußte schon durch den enormen Absatzrückgang durch die Stahlindustrie zu eigenen Anpassungsmaßnahmen greifen – außerhalb des Kohlerundenbeschlusses von '91. Deshalb wurde z. B. die Kokerei Zollverein in Essen zum 1. 7. 93 kurzfristig stillgelegt und die Kokerei Scholven in Gelsenkirchen auf zwei Drittel der Kapazität reduziert. Weiter wurde die Stillegung der Zeche Monopol in Bergkamen und eine Förderreduzierung auf der Zeche Heinrich Robert in Hamm sowie auf Konsolidation/Hugo in Gelsenkirchen vorgeschlagen. Insgesamt wäre das eine Reduzierung von rund 3 Mio. Tonnen. Ein Beschluß darüber wurde auf Betreiben der IGBE im Aufsichtsrat des Ruhrkohlekonzerns erst einmal aufgeschoben mit dem Ziel, zunächst von der Bundesregierung die Einhaltung der Versprechungen aus der '91er Kohlerunde zu verlangen, so daß die RAG nicht sofort in die Schußlinie der aufgebrachten Kumpel kommt.

Der RAG-Vorstand selbst hält aber an den genannten Stillegungsmaßnahmen fest, was einen zusätzlichen Abbau von 6500 Arbeitsplätzen bedeutet. Und dies auf dem Hintergrund, daß der bis 1995 geplante Abbau von 14.000 Arbeitsplätzen jetzt schon vollzogen ist. Dies alles unter Duldung und Mitwirkung der IGBE. Da ist es schon ein übler Zynismus, wenn der IGBE-Vorsitzende Berger öffentlich posaunt, mit der IGBE werde es keine weitere Kohlerunde geben. Die RAG vollzieht ja bereits Anpassungsmaßnahmen ohne eine Gesprächsgrundlage mit Bonn.

Die RAG befindet sich derzeit in einem Umstrukturierungsprozeß, in dem ein breites Beteiligungsfeld außerhalb der Kohleindustrie vorgesehen ist, denn das Profitinteresse ist an keine Kohletradition gebunden, es geht dorthin, wo Profit möglichst günstig zu realisieren ist. Die Weichen – weg von der Kohle – werden also jetzt schon gestellt.

Die Proteste der Bergleute in den letzten Wochen haben allerdings durch den Einfluß der IGBE eine Hauptstoßrichtung »Anschlußregelung soll Bonn klären« bekommen. Der wirkliche Widerspruch zwischen den Profitinteressen des Konzerns und den Lebens- und damit Arbeitsplatzinteressen der Kumpels wird dadurch eher verschleiert als aufgedeckt. Daß das nicht mehr lange zu halten ist, haben die IGBE-Vorstandsmitglieder, soweit sie auf den Protestversammlungen der letzten Wochen aufgetreten sind, allerdings gespürt.

IGBE will Ordnungsfaktor sein, den Belegschaften reicht das nicht mehr

In der Vergangenheit konnte der Arbeitsplatzabbau »in geordnetem Rahmen« abgewickelt werden. Hakte es bei irgendwelchen Verhandlungen, waren die Belegschaften auf »Knopfdruck« bereit, die geforderten Aktionen durchzuziehen, danach aber auch ebenso auf »Knopfdruck« wieder zurück in den Betrieb zu gehen. Diese Zeit ist vorbei. Bei den weiteren »Anpassungsmaßnahmen« wird die Schmerzgrenze erreicht, das spüren alle, Entlassungen werden auf der Tagesordnung stehen.

Durch die Stillegung der Kokerei Zollverein sind 400 Kollegen, die nicht umgesetzt oder in Vorruhestand geschickt werden konnten, in die Dauerkurzarbeit gegangen, das ist eine neue Situation. Diese konkreten Erfahrungen kommen zu der allgemeinen dumpfen und ziellosen Politikverdrossenheit auch unter den Bergleuten hinzu, das führt dazu, daß mehr als bisher auch die Positionen des IGBE-Vorstandes hinterfragt werden.

Nach der großen Mobilisierung im April '93 (120.000 Kollegen in Bochum) hatte Wirtschaftsminister Rexroth zum Sommer eine Abschlußregelung angekündigt. Als diese ausblieb und der RAG-Vorstand eigene Reduzierungsvorschläge machte, ging im September eine Welle des Protestes durch das Ruhrgebiet und das Saarland. Häufig kamen die IGBE und die Betriebsräte dabei unter Druck, entweder hinterherzulaufen oder sich an die Spitze zu stellen. Aus diesem Widerspruch ist der Funktionärsapparat bis heute noch nicht herausgekommen. Während der Vorstand versucht, nach wie vor alles im Griff zu behalten – obwohl er vor den Kumpel Rexroth zum Abschuß freigegeben hat durch eine Anzeigenkampagne »Jetzt reicht's« in den Tageszeitungen, bietet sich auf der Ebene der Bezirke ein unterschiedliches Bild:

Im Bezirk Ruhr-Ost stehen die meisten Stillegungen an. Hier wurde ein Aktionsausschuß aus Betriebsräten und Vertrauenskörperleitungen direkt unter dem Bezirksleiter eingerichtet. Von hier gehen die meisten Initiativen aus, die immer wieder versuchen, Betriebe aus anderen Bezirken mit einzubeziehen.

Ratlosigkeit herrscht allerdings darüber, wie die Protestaktionen noch zu steigern sind. Der Grenzbereich zum Gesetzesbruch hin ist bei Aktionen wie den mehrtägigen Straßenblockaden oder bei der Kraftwerksbesetzung in Bergkamen inzwischen erreicht.

Radikalität durch den Druck bervorstehender Entlassungen

Die Kumpel spüren, daß es ihnen nun an den Kragen geht. 2400 Kollegen sind dem allein im letzten Jahr durch Selbstkündigung bei der RAG zuvorgekommen. Ein umfangreiches Programm von Arbeitsplatzwechsel, Umschulung und Qualifikation, Schnupperkurse im Handwerk zwecks Übernahme und ähnliche Dinge haben bisher individuelle Abfederung angeboten. Dies alles hilft in Zukunft nicht mehr, jetzt geht es um Entlassungen in die Arbeitslosigkeit, ins Nichts.

Deswegen entladen sich diese Zukunftsängste auch in bisher nicht so deutlicher Radikalität. Die Bergleute wollen mit ihren Aktionen wie Schachtbesetzungen, Förderstillständen, Straßenblockaden, Autobahnbesetzungen und Kraftwerksbesetzungen bewirken, daß ein Aufschrei durch die Republik geht, denn ohne daß es irgendwo ausgesprochen wird, spüren sie, daß ihre Kraft allein nicht ausreicht, um eine Änderung der Energiepolitik und ein »Einlenken« der Bundesregierung zu erreichen.

Örtlich haben sie zwar unmittelbar die Unterstützung der Bevölkerung – das zeigte sich besonders in Bergkamen, Hamm und Gelsenkirchen, wo sie mit Essen und Getränken bei den Blockaden und vor den Betriebstoren versorgt wurden – aber bundesweit wenden sich inzwischen SPD-regierte Länder wie Schleswig-Holstein und Niedersachsen von der Kohlepolitik ab.

Nun keimt wieder ein Hoffnungsschimmer wegen der Solidaritätsverträge zwischen Krupp/Hoesch und Monopol/Haus Aden und Opel mit der Zeche Heinrich Robert. Diese von unten entstandene und anfangs zögerlich geübte Solidarität schreiben sich die Bezirksleiter der IGBE und der IG Metall auf die Fahnen. Aber die erst einmal wirkungsvolle Solidarität bleibt solange auf dem Papier, wie die vereinbarte gegenseitige Unterstützung nicht praktisch umgesetzt wird. Und auch hier sind die Hoffnungen höher als die realen Möglichkeiten.

Die radikalen Forderungen weiter zu fördern, wäre in dieser Situation falsch. Bei der Besetzung von Geschäften oder Polizeistellen, wie dieser Tage in Dinslaken, fehlte die Perspektive.

In dieser Situation muß die Frage in den Vordergrund gestellt werden: »Wer ist der Gegner der Bergleute?«. Reicht die Orientierung der IGBE auf Bonn oder muß der Widerspruch im eigenen Haus – zum RAG-Konzern – in den Vordergrund gestellt werden? Welche Verbindungen sind über die Bergleute hinaus zu anderen Belegschaften anzustreben, und welche realen Möglichkeiten bestehen? Stehen die »eigenen Reihen« geschlossen? Sind, wie in der Vergangenheit, nur die betroffenen Belegschaften an vorderster Front, während die anderen sich mit »Alibi-Solidaritätsaktivitäten« begnügen?

Das sind die Fragen, mit denen sich die Bergleute in nächster Zukunft auseinandersetzen müssen. Letztendlich geht es derzeit nur darum, den vorprogrammierten Abbauprozeß etwas zu verlangsamen. Wie schwierig der Weg bis zum gemeinsamen Kampf ist, zeigen die Aktionen der Stahlarbeiter in Dortmund (Rathausbesetzung) und Duisburg. Trotz gemeinsamer Betroffenheit durch AFG-Kürzungen in den Sozialplänen blieben die Bergleute den Protesten fern. Auch in Richtung Bonn marschierten die Bauarbeiter gegen die Schlechtwettergeldkürzung allein.

Noch sind keine endgültigen Entscheidungen gefallen. Die aktiven Bergleute verlangen jetzt, wenn sie schon Opfer wie Lohnausfall bringen, große mehrtägige und spektakuläre Aktionen von der IGBE. Mit Feiertagsreden darf ihnen keiner mehr kommen.

Bochum, 23.10.93 25.10.93 ■

Hamburg-Wahlen

Desaster für die Bonner Demokratie

Warum in Hamburg die Bürgerschaftswahlen wiederholt werden mußten, ist unseren Lesern bekannt. Das Ergebnis der »Neu«-Wahlen unterscheidet sich nur in einigen Besonderheiten von den Ergebnissen in anderen Ländern der Bundesrepublik. Die überall festzustellende Tendenz ist: Zersetzung der Volksparteien – ihnen liefen in Hamburg 20 % der Wähler weg, Erstarken der rechtsradikalen Parteien, Zunahme der Grünen/GAL. Den Republikanern fehlten nur etwa 1400 Stimmen, um über die 5 % Hürde zu kommen. Die hätten sie auch mit Leichtigkeit erhalten, gäbe es nicht die Konkurrenz um die Führung zwischen Republikanern, DVU und anderen rechtsradikalen Gruppen.

Die SPD bezeichnet es als Erfolg, daß die Rechtsradikalen nicht in die Bürgerschaft gekommen sind. Ihre Hoffnung ist deren Konkurrenz untereinander. Vogel-Strauß-Politik ... Als ob das Stimmenergebnis mit über 7% für die Rechtsradikalen irgendein Anlaß zur Beruhigung sei. Das zeigt, daß für die SPD (und auch die anderen bürgerlichen Parteien) solange alles im Lot ist, solange die Mandate und damit die Pfründe stimmen. Das Wahlgesetz hat ja auch vorgesorgt: Die Wahlkampfkostenpauschale von 5,- DM pro Wähler wird aufgeteilt nach der Anzahl der Wahlberechtigten. Das bedeutet, daß die SPD Geld bekommt, für ca. 40% der Wähler, entsprechend ihrem Stimmanteil, während real nur ca. 27,1% der Wahlberechtigten SPD wählten! Dann spielt es auch keine Rolle, daß die Nichtwähler mit ca. 31% die größte »Partei« stellen.

Aber was ist aus dem ehedem roten Hamburg geworden, wo Herbert Wehner in Harburg noch auf über 60% der Stimmen hinweisen konnte? In Harburg erhielten die Republikaner jetzt 7,3% und die DVU 3,2% und das im Wahlkreis von Ulrich Klose mit etwas über 40% der Stimmen für die SPD. Auch das Eingreifen des großen Staatsmannes Helmut Schmidt – dem Wunder zugetraut wurden - in den Wahlkampf konnte den Verlust der SPD-Mehrheit nicht verhindern, nicht einmal in Bergedorf, dem ehemaligen Wahlkreis Schmidts: Die SPD ging hier von 47% im Jahre 1991 auf 39,3% zurück.

Bezogen auf die Wahlberechtigten haben in Hamburg noch ganze 27,5% der SPD ihre Stimme gegeben. Für die anderen Bonner Parteien sieht es noch düsterer aus: 17% für die CDU und noch ganze 2,8% für die FDP. Für die drei alten Bonner Parteien, die die letzten 40 Jahre die Politik der BRD bestimmten, haben also weniger als die Hälfte der Wahlberechtigten ihre Stimme abgegeben. Der breite Konsens der Bevölkerung mit der Nachkriegsdemokratie nach dem Bonner Muster schwindet rapide dahin.

Auch Arbeiter wählen rechts

Alle politischen Beobachter stellen fest, daß es auch Facharbeiter seien, die einst SPD wählten und jetzt enttäuscht den Republikanern ihre Stimme geben. Wenn dem so ist – und wir können diese Feststellung nicht widerlegen – dann gilt es nach Ursachen zu fragen. Ohne Zweifel hat sich die Struktur der Hamburger Arbeiterschaft insofern verändert, als die traditionellen Stützen des roten Hamburg -Werften und Hafen – bis auf einen Bruchteil zusammengeschrumpft sind. Aber das ist noch nicht alles: Die Finanzskandale in der Gemeinwirtschaft – Neue Heimat, COOP und andere – haben diese Entwicklung nach rechts begünstigt. Die Gewerkschaften sind in diese Finanzskandale hineingeraten; andererseits ist ihr einstiger Einfluß auf die Politik der Bürgerschaft, den sie in der Konjunkturperiode hatten, fast auf dem Nullpunkt angelangt.

Die Gewerkschaften stehen den Angriffen und Erpressungen auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Facharbeiter völlig rat- und tatenlos gegenüber. Mit 40 Jahren ist es schwer, gerade für Facharbeiter, einen neuen Arbeitsplatz zu finden. Das wirkt sich auch auf diejenigen aus, die noch einen Arbeitsplatz haben. Sie ziehen eher den Kopf ein, als sich wie in früheren Jahren zu wehren.

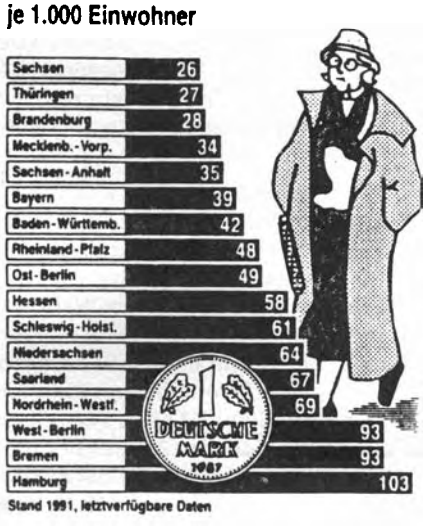
Beispielhaft ist der Öffentliche Dienst. Bot dieser früher so manchem, der seinen Arbeitsplatz verloren hatte, noch einen Ersatzarbeitsplatz in einem der zahlreichen öffentlichen Unternehmen, so erklärt heute der Vorsitzende der ÖTV-Hamburg, Fritsch, der bei seiner Wahl noch Hoffnungsträger vieler Mitglieder war: Spätestens 1995 *»werden sich die Finanzspielräume der öffentlichen Hand so verengen, daß kaum noch agiert werden kann.«* Deshalb müßten *»heilige Kühe geschlachtet werden.«* Es müsse untersucht werden, *»ob Entgelte richtig bemessen sind.«* (Hamburger Abendblatt, 31.8.93)

Die Gewerkschaften erweisen sich – und darauf hat schon Marx hingewiesen – als überflüssig, wenn sie nicht aus dem Kampf im Rahmen des Kapitalismus um die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zum Kampf gegen das kapitalistische Lohnsystem überhaupt finden.

Es sind vor allem die älteren Arbeiter über 40 Jahre, die sich von der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung in die Ecke gedrängt sehen. Auf der einen Seite steht die zunehmende Arbeitshetze und der Rationalisierungsdruck in den Betrieben, dem sie sich immer weniger gewachsen sehen oder der sie arbeitslos macht. Auf der anderen Seite werden sie durch den staatlichen Sozialabbau massiv getroffen und verunsichert (Gesundheit, Renten). Diese Zwangslage wird für sie noch zugespitzt durch die Veränderung der Lebensumstände und ihres Umfelds: Zuwanderung, Drogen, Kriminalität usw. Da sie dem kaum durch Wegzug in »bessere« Viertel ausweichen können, wählen sie die Rechtsradikalen, die scheinbar auf ihre Probleme eingehen. Voscherau hat denn auch am Tag nach der Wahl erklärt, daß in diesem Bereich die Zukunft der SPD entschieden werde. Aber was hat er anzubieten, außer die SPD noch weiter nach rechts zu führen?

Sozialhilfeempfänger

je 1.000 Einwohner



Stand 1991, letztverfügbare Daten

Das vorläufige amtliche Endergebnis

	Bürgerschaft 19. Sept. 1993	Bürgerschaft 2. Juni 1991	Bundestagswahl 2. Dezember 1990 (Zweitstimmen)
Wahlberechtigte	1 240 464	1 256 147	1 263 637
Wahlbeteiligung	(69,6%)	(66,1%)	(78,2%)
Gültige Stimmen	844 927	819 773	980 727
SPD	341 705 (40,4%)	393 414 (48,0%)	402 530 (41,0%)
CDU	212 225 (25,1%)	287 467 (35,1%)	359 333 (36,6%)
Grüne/GAL	114 308 (13,5%)	59 262 (7,2%)	56 906 (5,8%)
FDP	35 216 (4,2%)	44 460 (5,4%)	117 293 (12,0%)
STATT Partei	46 895 (5,6%)	-	-
Republikaner	40 817 (4,8%)	9 959 (1,2%)	16 911 (1,7%)
DVU	23 579 (2,8%)	-	-
Die Grauen	13 319 (1,6%)	7 219 (0,9%)	11 561 (1,2%)
Linke Alternative	4 312 (0,5%)	-	-

Es ist falsch, die Menschen, die bei rechtsradikalen Parteien aus ihrer Notlage einen Ausweg suchen, als »Faschisten« oder »faschistoid« abzustempeln. Das treibt sie nur noch tiefer in die Arme der Rechten. Mit verbalen Erklärungen wie: »Kein Fußbreit den Faschisten« ist das Problem nicht zu lösen.

Rot-Grün oder »Statt«?

Die einzige Partei, die verstärkt in die Bürgerschaft einzieht, sind die Grünen/GAL. Da die SPD ohne CDU, GAL oder Statt-Partei keine Mehrheit für die Regierungsbildung mehr findet, wird es interessant sein zu sehen, mit wem die SPD koalieren wird. Selbst wenn es zu einer rotgrünen Koalition kommen wird, die die GAL wünscht, sind die finanziellen Spielräume und parlamentarischen Möglichkeiten deswegen nicht günstiger.

Die Statt-Partei ist eine Abspaltung von der CDU, die sich dadurch auszeichnet, daß sie sich durch nichts auszeichnet, außer der Unzufriedenheit ihrer Anhänger. Aber gerade dadurch wurde sie für viele, vor allem frühere CDU- und FDP-Wähler, wählbar. Die Statt-Partei kann einen Teil des Protestes auffangen, der ansonsten ins Rechts- oder Nichtwähler-Lager überwechseln würde, und bindet so einen Teil fürs erste noch an das bürgerliche Parteienspektrum. Das wird wahrscheinlich dazu führen, daß die Statt-Partei oder ähnliche Gruppierungen im nächsten Jahr in anderen Bundesländern vergleichbare Erfolge wie in Hamburg erzielen werden.

Die Politik der SPD besteht darin, die Lasten der Krise »gerecht« den untersten Schichten der Bevölkerung aufzuhalsen. Der Verfall der bürgerlichen Gesellschaft, Fragen nach dem Verhalten der Behörden zu Drogenabhängigen, zum Problem mangelnder Kindergartenplätze und in Schul- und Wohnungsfragen spiegeln die Ratlosigkeit des Senats und der SPD wider. Bezeichnend ist, daß 700 Eltern, die besonders unter der Not mangelnder Kindergartenplätze zu leiden haben, für die Aufstellung einer Liste zur Wahl unterschrieben haben, die nur auf dieses Problem zugeschnitten ist.

Für die Grünen/GAL ist Regierungsbeteiligung oberstes Ziel. Dafür kennen sie nach eigener Aussage kein Tabu mehr, sie werden so auch den etablierten Parteien immer ähnlicher. In der Hamburger SPD setzt vor allem der Gewerkschaftsflügel auf Rot-Grün, in der Hoffnung, die alten Positionen und den Einfluß noch eine Weile länger halten zu können.

Die Linken

Es ist angebracht, hierzu einige Worte zu verlieren, weil das Erscheinungsbild der Linken, wie es in Hamburg zu sehen war, für die kommenden Wahlen eine gewisse Bedeutung haben wird.

Die »Linke Alternative«, die sich aus Vertretern des BWK, der »Volksfront«, der DKP, der MLPD, der VVN, dem Lesbenring, der »Alternativen Liste« und der PDS/Linke Liste zusammensetzte erhielt ca. 4300 Stimmen, das sind 0,5 %. Es hat nicht an Flugblättern, Wahlzeitungen und Propaganda gefehlt. Es fehlte an etwas anderes: Das politische Ansehen der Vertreter dieser Liste bei der arbeitenden Bevölkerung Hamburgs. Das gewinnt man nicht durch »revolutionäre« Parolen und nicht durch Massen kostenlos verteilten Papiers. Wenn wir das bei der arbeitenden Bevölkerung verlorengegangene Vertrauen zurückgewinnen wollen, dann ist die erste Voraussetzung Geduld und »kleine Brötchen backen«.

Das hieße, sich konkret in praktische Konflikte einzumischen, sich Vertrauen zu erwerben durch aktive Unterstützung in Konflikten, wo immer sie aufbrechen. Sich am Wahlkampf zu beteiligen, heißt im gegenwärtigen Zustand vor allem, genau diese Aufgaben außer acht zu lassen. Gelegenheiten, sich einzumischen, hat es schon gegeben.

Ein Beispiel war der Konflikt im NDR. Dort hatte die Leitung eine Kollegin abgemahnt, die sich geweigert hatte, an der Ausstrahlung rechtsradikaler Fernsehwerbung mitzuarbeiten. Außerdem wurde über 400 Kollegen mit Abmahnung und fristloser Entlassung gedroht, wenn sie ihre arbeitsrechtlichen Pflichten nicht erfüllen (siehe Arpo 3/93 und den Bericht in dieser Ausgabe). Bei der Demonstration vor dem NDR-Haus für die Kollegin erschienen ca. 100-150 Teilnehmer. Das ist Wasser auf den Mühlen der Geschäftsleitung und verstärkt die Passivität der Beschäftigten, die sich allein gelassen fühlen. Es genügt nicht, seine Entrüstung verbal auszudrücken, es kommt darauf an, diejenigen zu unterstützen, die beginnen, sich gegen die Rechtsentwicklung zu engagieen, wie KollegInnen bei der Post und dem NDR, und einen schützenden Wall um sie zu bilden, gerade weil sie noch eine Minderheit sind. Es genügt nicht, von den leitenden Herren zu fordern, sie mögen doch etwas tun, es ist notwendig, daß sie merken, daß wir es ernst meinen. Nur dann wird sich eine Änderung anbahnen.

Ein anderes Beispiel war die Organisierung der Solidarität mit Bischofferode in Hamburg. Eine Gruppierung der »Linken Alternative«, die MLPD, nutzte die Gelegenheit, sich »Linke Alternative« nennen zu dürfen, und organisierte am gewerkschaftlichen Solidaritätskomitee vorbei eine eigene Veranstaltung, was nur Verwirrung erzeugte.

Die PDS/Linke Liste in der alten Bundesrepublik ist im Gegensatz zur PDS in der ehemaligen DDR ein aufgepfropftes Gebilde. In den neuen Ländern hat sie eine andere Vergangenheit und eine andere gesellschaftliche Bedeutung als im Westen. Sie ist hier ohne eigene Wurzeln in der Geschichte der bundesrepublikanischen Arbeiterbewegung. Dieses Manko kann auch nicht durch ein heterogenes Wahlbündnis verschiedener linker Gruppen behoben werden, das auf die Unterstützung der großen Partei im Osten baut. In diesem Fall umsomehr, als sich die PDS im Osten nicht gerade solidarisch mit ihrem Hamburger Ableger verhielt. Im Vorfeld der Wahl hatte eine Mehrheit von zehn Mitgliedern des PDS-Vorstands ihren Hamburger GenossInnen jegliche Unterstützung im Wahlkampf versagt. Diese Kontroverse wurde von der Kommunistischen Plattform der PDS öffentlich gemacht. Die PDS-Vorständler warfen dem Hamburger Landesverband vor, sich die falschen Bündnispartner gesucht zu haben. Insbesondere das Zusammengehen mit DKP-Mitgliedern wurde als ein unerwünschtes Signal vor dem Superwahljahr 1994 angesehen. Dabei spielten weniger konkrete inhaltliche Differenzen eine Rolle, als vielmehr die Furcht, als »kommunistisch« verschrien zu werden. Dem sollte auch deshalb rechtzeitig vorgebaut werden, weil an der Basis der PDS im Osten die westlichen Landesverbände kein allzugroßes Ansehen haben. Dagegen werden die Reste der DKP als diejenigen angesehen, denen man politisch am nächsten steht und mit denen ein Zusammengehen von vielen deshalb als natürlich angesehen wird.

Wir waren uns dieser Widersprüche bewußt und hätten es für besser gehalten, wenn die PDS/Linke Liste als solche im Wahlkampf aufgetreten wäre und ihn genutzt hätte, um unter den Hamburgern für die Solidarität mit der arbeitenden Bevölkerung im Osten zu wirken und die Wahrheit über die Situation dort zu sagen, was absolut nicht an eine Kandidatur gebunden ist. Dies scheint uns umso dringender, als die Bundesregierung und die etablierten Parteien die PDS im Osten aus dem öffentlichen Leben vertreiben wollen. Das ist für uns der entscheidende Grund – bei aller berechtigten oder unberechtigten Kritik – für Solidarität mit ihr einzutreten. 10.10.93 ■